Nr. 502 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 247

Morgen-Ausgabe

10 Mark

Bezugspreis:
Für den Monat Oktober 250.— M., voraus zahlbar. Unser Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Oesterreich und Luxemburg 340.— M., für das übrige Ausland 515.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 60.— M. Reklamezeile 300.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 14.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 8.— M., jedes weitere Wort 6.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 20.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Dienstag, den 24. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Vor ernsten Entscheidungen.

Der Kampf für aktive Währungspolitik.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern morgen mit der katastrophalen Finanz- und Wirtschaftslage, die infolge des steigen Sinkens der Mark eingetreten ist. Gegen Abend traten die Vertreter der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und die der „Arbeitsgemeinschaft der Mitte" zu einer Besprechung zusammen, in der starke Meinungsverschiedenheiten zutage traten.

Die Besprechungen sollen im Laufe des heutigen Tages fortgesetzt werden. Mittlerweile tagte gestern abend bis in die Nachtstunden die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Sie billigte einmütig den von ihren Vertretern bisher eingenommenen Standpunkt.

Der Reichstag wird heute den Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925 in seinem Amt bestätigen, und man wird ein wenig aufatmen dürfen, wenn dieser Akt vollzogen sein wird. Denn durch ihn wird für absehbare Zeit wenigstens ein ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht gesichert. Je unsicherer die Regierungsverhältnisse sind, desto notwendiger ist das Vorhandensein einer Stelle, die, von den innerpolitischen Erschütterungen unberührt, in der Lage bleibt, mit ordnender Hand eingreifen zu können.

Ein solches Eingreifen kann vielleicht sehr bald notwendig werden. Denn im Gefüge der Regierung wie der bisherigen Regierungsparteien sind Veränderungen im Gange, von denen man einstweilen noch nicht weiß, ob sie zum Stehen gebracht werden können, oder ob sie zu einer Krise führen werden, deren Ergebnis nicht abzusehen ist.

Durch die Entstehung der „Arbeitsgemeinschaft der Mitte" hat sich die Parteikonstellation, auf die sich die Regierung stützt, geändert. Es ist schwer zu sagen, ob die Koalition, auf der die gesamte bisherige Regierungspolitik beruht hat, die Koalition von Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum eigentlich noch besteht. Die Sozialdemokratische Partei befindet sich vor einem Arbeitsfeld, das jetzt ganz anders aussieht als noch vor einem halben Jahre, und sie fühlt, daß sich die Widerstände, die sich gegen ihre Einflußnahme auf die Regierungsgeschäfte geltend machen, ganz außerordentlich versteift haben.

Diese Versteifung der Widerstände ist um so gefährlicher, als die Sozialdemokratische Partei gerade jetzt auf eine aktive Politik am allerwenigsten verzichten kann.

Das Ziel dieser aktiven Politik ist, die Katastrophe der Mark aufzuhalten, die uns innen und außen mit den schwersten Folgen bedroht. Was die fortschreitende Markentwertung im Inland bedeutet, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Jeder Mann und noch mehr jede Frau weiß das aus eigenster Erfahrung nur zu gut. Nach außen aber sind erst recht stärkste Anstrengungen notwendig, um zu verhindern, daß Deutschland unaufhaltsam auf dem österreichischen Weg hinunterglettet und schließlich rettungslos der finanziellen Fremdherrschaft, d. h. in ihren Folgen der Fremdherrschaft in jeder Beziehung verfällt.

Auf dem Weg zur Stabilisierung der Mark ist nun ein Schritt unternommen worden, von dem alle, die zu ihm rieten, von vornherein sagten, daß er allein zum Ziele nicht führen werde. Es ist nur eine Verschiebung des Tatbestandes, wenn man uns jetzt sagt, daß sich die Devisenverordnung als ein Schlag ins Wasser erwiesen habe. Die Devisenverordnung mußte ein Schlag ins Wasser bleiben, wenn ihr nicht auf der Stelle positive Maßnahmen folgten, die ihre Wirkung verstärkten oder eigentlich überhaupt erst ermöglichten. Als solche positive Maßnahme wurden hier vorgeschlagen die Schaffung eines wertbeständigen Inlandspapiers und eine Stützungsaktion für die Mark, wozu ein Teil der bisher tot daliegenden Goldbestände der Reichsbank heranzuziehen wäre.

Eine Revision unserer Steuergesetzgebung, eine Verbesserung unserer Steuerverwaltung, eine energische Drosselung jeder entbehrlichen, lediglich der Befriedigung von Luxusbedürfnissen dienenden Einfuhr müßten diese währungspolitischen Maßnahmen nach der finanz- und wirtschaftspolitischen Seite ergänzen. Der Bedarf an notwendigen Einfuhrgütern, wie Lebensmitteln, müßte nach Möglichkeit eingeschränkt werden, indem die im Inland erzeugten Lebensmittel für die Volksernährung gesichert werden.

Das sind in den Grundzügen die Maßnahmen, die von der Sozialdemokratischen Partei vertreten werden und die auch hier unablässig vertreten worden sind. Positive Vorschläge anderer Art sind von keiner Seite gemacht worden. Die Sache steht in diesem Augenblick demnach so, daß es überhaupt nur ein positives Programm gibt, das der Sozialdemokratie. Ihm hat man von der anderen Seite nichts entgegenzustellen als Einwendungen, Bedenken und Widerstände.

Zu all dem kommt, daß durch den wachsenden Einfluß rechtsgerichteter Bestrebungen ein Faktor der Unsicherheit auch in der auswärtigen Politik eingetreten ist. Die sogenannte Erfüllungspolitik hat uns für die Barzahlungen zu Reparationszwecken und neuerdings auch für die Ausgleichszahlungen ein vorläufiges Moratorium gebracht. Von Sanktionen erscheinen mir in diesem Augenblick nicht bedroht. Die Leistungen aus dem Friedensvertrag beschränken sich bis auf weiteres auf die Sachleistungen. Das ist ein Erfolg der Erfüllungspolitik, der nicht forciert und nicht übertrieben werden soll, der wahrhaftig nicht geeignet ist, uns übermütig zu machen, der uns aber auf der anderen Seite auch ermutigt, auf dem bisher betretenen Weg fortzufahren. Schwankungen, Schwenkungen unserer auswärtigen Politik würden die schwerstwiegenden Folgen haben.

Die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei ist also, ein Abgleiten der auswärtigen Politik auf jene Bahnen, auf denen sie sich in der Zeit der halbvolksparteilichen Fehrenbach-Simons-Regierung befand, zu verhindern und eine Sanierung unserer finanz- und wirtschaftspolitischen Verhältnisse einzuleiten. Diese Aufgabe kann sie aber nur dann leisten, wenn im Reichstag eine Mehrheitsbildung erfolgt, die in der Richtung zu den hier dargestellten Zielen liegt und wenn eine Regierung vorhanden ist, die bereit ist, mit klarer Entschiedenheit auf diesem Wege vorwärts zu schreiten.

Die nächsten Tage müssen zeigen, ob eine solche Mehrheitsbildung möglich und eine solche Regierung vorhanden ist. Von der Antwort auf diese Frage hängt unendlich viel ab. Daß der Reichstag morgen voraussichtlich entgegen seinen bisherigen Absichten sich nicht vertagen, sondern in den nächsten Tagen, zum mindesten am Mittwoch noch, beisammen bleiben wird, ist ein Zeichen für den Ernst der Situation.

•

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgende Entschließung eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen:

In Anbetracht der Tatsache, daß der Sturz der Mark zu einem vollkommenen Zusammenbruch der öffentlichen Brotversorgung zu führen droht, da die inländische Ablieferung weit hinter den gesetzlichen Ablieferungen zurückbleibt, die Einfuhr von Getreide bei einem Dollarstand von fast viertausend völlig unmöglich wird, ist die Sicherung des nackten Lebens der Bevölkerung oberste Pflicht der gesetzgebenden Körperschaften. Das erfordert die restlose Erfassung der im Inland vorhandenen Vorräte an Lebensmitteln, die sich in den Händen der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels befinden. Jede Verzögerung dieser Maßnahme ruft die Gefahr der Verfütterung an das Vieh und der Verarbeitung zu Spiritus hervor.

Der Reichstag ersucht deshalb die Reichsregierung, sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen zur Sicherung der Volksernährung die vollständige Erfassung der wichtigsten Nahrungsmittel verfügt wird.

Gegen die Versklavung Oesterreichs!

Die französischen Mitglieder des Exekutivkomitees der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien haben den Entwurf eines Aufrufs an die Arbeiter aller Länder in der Frage der Versklavung Oesterreichs durch den Genfer Knechtungsvertrag ausgearbeitet. Um die Stellungnahme der Exekutive der IASP. nicht bis zu deren nächsten Sitzung aufzuschieben, wurde im Wege der schriftlichen Umfrage die Stellungnahme der Exekutive festgestellt. Der einstimmig von der Exekutive beschlossene Text des Aufrufs lautet:

Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

Das Exekutivkomitee der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien lenkt die Aufmerksamkeit der Proletarier aller Länder auf das Manöver des internationalen Kapitalismus, der unter dem Vorwand, Oesterreich Hilfe zu bringen, es in Wahrheit darauf abgesehen hat, dieses europäische Land einem Protektorat zu unterwerfen, wie es die kapitalistischen Großmächte in Marokko und Mesopotamien aufgerichtet haben.

Das Exekutivkomitee wendet sich mit allem Nachdruck gegen die Folgen des Genfer Vertrages, der durch die Einsetzung eines Generalkommissars und einer Kontrollkommission der Entente das österreichische Volk zwingen will, eine vorübergehende Hilfeleistung mit dem Verlust seiner Freiheit zu bezahlen und sich der Fremdherrschaft zu unterwerfen.

Das Exekutivkomitee ruft die Entrüstung aller Völker gegen die Beseitigung der finanziellen Kontrolle durch das Parlament auf, die tatsächlich die Abschaffung der Demokratie bedeutet.

Indem er Deutschösterreich bei Strafe des Hungertodes den Verzicht auf seine Selbstregierung aufzwingt, versucht der kapitalistische Imperialismus, der in den sogenannten Friedensverträgen von Versailles und Saint-Germain usw. das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf dem Gebiete der auswärtigen Politik verletzt hat, es auch in der inneren Politik zu vernichten.

Das Exekutivkomitee der IASP. fordert alle angeschlossenen Parteien auf, in ihren Parlamenten gegen diesen erpresserischen Anschlag zu protestieren, der gegen ein Volk verübt werden soll, das infolge der Friedensverträge in seinen Lebensmöglichkeiten beschränkt ist und das nunmehr unter Vormundschaft gestellt, ja geradezu in Sklaverei gestürzt werden soll.

Das Exekutivkomitee erwartet, daß die Parteien in ihrer Presse und in ihren Versammlungen den Proletariern ihres Landes die Gefahr begreiflich machen werden, mit der die Kontrolle des auswärtigen Kapitals in Oesterreich die Errungenschaften der Arbeiterklasse und den Bestand der Republik bedroht.

Das Exekutivkomitee ist überzeugt, daß alle der IASP. angeschlossenen Parteien überall dem arbeitenden Volk das Zusammenspiel der kapitalistischen Bourgeoisie aller Länder aufzeigen werden, die ebensowohl bereit ist, aus Angst vor der wachsenden politischen Macht des Proletariats ihren Interessen alle Rechte der Arbeiterklasse und selbst die Freiheit des eigenen Volkes aufzuopfern, als sie andererseits bereit ist, zum Nutzen ihrer Profitgier das Elend eines Volkes auszunützen, um es auf die Stufe einer Kolonie hinabzustoßen.

Es ist Pflicht der gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft, ihren Protest mit dem des österreichischen Proletariats zu vereinen, es mit aller Kraft in seinen Bemühungen zur Abwehr der verhängnisvollen Folgen des Genfer Kapitalistenpaktes zu unterstützen und so kraftvoller als je zusammenwirken an der endgültigen Befreiung der internationalen Arbeiterklasse.

Das Exekutivkomitee der IASP.

Deutsch-französische Wiederaufbaukonferenz

Unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Silberschmidt und des französischen Senators Charpentier fand gestern in Berlin am Sitze des Verbandes der Sozialen Baubetriebe eine Konferenz statt. Der Zweck dieser Konferenz war, die Besprechungen und Abmachungen, die schon in verschiedenen vorhergehenden Konferenz stattgefunden haben, definitiv festzulegen. An dieser Konferenz nahmen außer den Genannten noch eine Reihe hervorragender und einflußreicher französischer Persönlichkeiten teil, und zwar der Abgeordnete Poitevin, der Bürgermeister von Reims, Rocha; Griesel, Beigeordneter von St. Quentin; Doucedame, Generalrat des Departements Aisne und Generalsekretär des Aktionskomitees der zerstörten Gebiete, Cordier, Sekretär des französischen Bauarbeiterverbandes, Grumbach und Dusau, Architekt des Aktionskomitees der zerstörten Gebiete. Von deutscher Seite nahmen daran teil Dr. Wagner und Astor vom Verband der Sozialen Baubetriebe, Sassenbach und Spieth vom ADGB., Süß vom AfA-Bund, Keppler, Sekretär der Bauarbeiterinternationale.

Die französische Delegation erstattete zunächst Bericht von den kürzlich stattgefundenen Verhandlungen mit der französischen Regierung. Aus diesem Bericht ging hervor, daß die französische Regierung dem Aktionskomitee als Beauftragter der Geschädigten der zerstörten Gebiete bestimmte Zusicherungen gegeben hat. Diese Zusicherungen betreffen insbesondere die Verteilung von Reparationskohlen, für die Bestellungen, die durch das Aktionskomitee an den Verband der Sozialen Baubetriebe gegeben werden. Im Anschluß hieran ist seitens der deutschen Delegation darauf hingewiesen worden, daß vor einigen Tagen in der Presse eine Notiz erschienen ist, wonach die Reparationskommission die Lieferung von Kohlen an Frankreich von 1 600 000 Tonnen auf 1 954 000 Tonnen zu erhöhen, beantragt habe. Diese Pressenotiz ist von autoritativer deutscher Seite als richtig bestätigt worden. Es wurde von der deutschen Delegation darauf hingewiesen, daß, wenn diese Forderung wirklich aufrechterhalten werden sollte, damit alle Lieferungen und Sachleistungen für die zerstörten Gebiete, wie alle bisher abgeschlossenen Verträge hinfällig würden, da es ganz ausgeschlossen ist, daß von den deutschen Bergarbeitern höhere Leistungen als die bereits gefahrenen Ueberschichten verlangt werden können. Die französische Delegation war sich durchaus einig mit den deutschen Vertretern, daß tatsächlich diese Forderung alle Verträge hinfällig machen würde. Sie hat die bestimmte Erklärung abgegeben, daß sie sofort nach ihrer Rückkehr nach Paris mit der französischen Regierung sich darüber ins Einvernehmen setzen wird, um dieser die Tragweite der Kohlenfrage klar zu machen.

Nachdem in der Kohlenfrage eine vollkommene Uebereinstimmung zwischen den beiden Parteien festgestellt worden

war, wurde in die Beratung der beiden Vertragsentwürfe, die von deutscher wie von französischer Seite vorlagen, eingetreten. In allen Punkten, die heute zur Beratung gelangten, wurde zwischen den vertragschließenden Parteien vollste Uebereinstimmung erzielt. Die Weiterberatung ist auf heute vormittag 9 Uhr vertagt worden.

Das Stinnes-Lubersac-Abkommen gefährdet!

Der Soz. Parlamentsdienst teilt mit:

Seit einigen Tagen ist Marquis de Lubersac in neuen Verhandlungen mit Stinnes begriffen. Zunächst glaubte man, daß es sich bei diesen Besprechungen nur um die Beratung von Einzelheiten des Abkommens handle. Neuerdings aber scheint, daß doch erhebliche Schwierigkeiten über die Grundlage des Abkommens selbst bestehen. Am Montag abend verbreiteten Abgeordnete der Deutschen Volkspartei im Reichstage das Gerücht, daß das Abkommen Stinnes-Lubersac sehr gefährdet, wenn nicht überhaupt schon in die Brüche gegangen sei. Ueber die Ursache dieser Krisis Stinnes-Lubersac war nichts Näheres zu erfahren. Vielleicht wirkt die Kabinettskrise in England auf die Haltung maßgebender französischer Kreise ein, die nun wieder sich in dem Glauben bestärkt sehen, daß sie auf direktem Wege an die Ruhrkohle kommen könnten. Von anderer Seite dagegen wird behauptet, daß diese Annahme unzutreffend sei. Sicher unterliegt das Abkommen Stinnes-Lubersac zur Stunde großen Gefahren.

Dagegen meldet die Telegraphen-Union:

An die Tatsache einer Besprechung zwischen dem Reichskanzler und Herrn Stinnes, die am gestrigen nachmittag stattfand, hatten sich, wie bei der im Augenblick erregten Stimmung nicht weiter zu verwundern ist, sofort allerhand Gerüchte geknüpft. U. a. wurde gesagt, Herr Stinnes habe dem Reichskanzler erklärt, er sei infolge der rapiden Markentwertung nicht mehr in der Lage, das mit Lubersac getätigte Abkommen zu erfüllen. Wie der TU. von zuständiger Stelle erklärt wird, entbehrt dieses Gerücht jeder tatsächlichen Grundlage.

Die Lösung der Ausgleichszahlungen.

Zum Abschluß der Verhandlungen über die Ausgleichszahlungen erfährt die „Dena" von unterrichteter Stelle, daß das Abkommen, das am Sonnabend unterzeichnet wurde, nicht unbedeutende Vorteile für Deutschland enthält. Es wurde vereinbart, daß Deutschland bis zum 1. Juni 1923 von Zahlungen im Ausgleichsverfahren befreit sein soll. Bis dahin wird Deutschland über die jeweils fälligen monatlichen Zahlungen Bons ausstellen, die den alliierten Regierungen zwar sofort übergeben werden, die aber erst am 1. Juni 1923 fällig werden sollen. Sollte Deutschland am 1. Juni 1923 die Zahlungen nicht leisten können, so sind die alliierten Regierungen berechtigt, die ihnen übergebenen Bons freihändig zu verkaufen, wobei es auch deutschen Staatsbürgern gestattet sein soll, solche Bons anzukaufen. Den deutschen Staatsbürgern, die solche Bons erworben haben, wird es auch gestattet werden, diese Anweisungen zur Bezahlung ihrer Steuern zu benützen.

Das von den Vertretern der beiderseitigen Ausgleichsämter vereinbarte Abkommen ist nunmehr den Regierungen zur endgültigen Annahme vorzulegen. Die Reichsregierung arbeitet zurzeit an einer Denkschrift über die gesamte Frage der Ausgleichsverhandlungen, die in Kürze dem Reichstag zugehen soll. Die Entscheidung der Reichsregierung über das Abkommen wird im Zusammenhang mit der Regelung des allgemeinen Reparationsproblems erfolgen müssen.

Die Kämpfe in der Reparationskommission.

London, 23. Oktober. (WTB.) Der Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt, in der Reparationskommission sei eine große Schlacht über die einander widerstreitenden Pläne Barthous und Bradburys im Gange. Der britische Abgeordnete verheimliche nicht seine feste Ueberzeugung, daß, wenn nicht irgendeine entscheidende Aktion auf der von ihm angegebenen Grundlage unternommen werde, der Ruin bald erfolgen würde, und es würde nicht mehr länger eine Reparationsfrage geben, sondern wie im Falle Oesterreich nur noch die Frage, was die Alliierten im eigenen Interesse und im Interesse des Allgemeinwohls Europas opfern müßten bei der Aufgabe, Deutschland zu retten. Bradbury habe in einer langen Erklärung auf einer nichtamtlichen Zusammenkunft am Sonnabend der Kommission klargemacht, daß keine Zeit verloren werden dürfe für die Ergreifung praktischer Maßnahmen, wenn diese nicht zu spät kommen sollen. Der französische Plan scheine das Problem beiseite stellen zu wollen. Nach Ansicht der Engländer würde jeder Versuch einer Kontrolle der deutschen Finanzen den Zusammenbruch beschleunigen. Dem Berichterstatter fehlt es nicht an Anzeichen, daß sowohl Belgier als auch Italiener der französischen Auffassung stark zuneigen. Auf der Sitzung am Sonnabend sei der Hauptpunkt der Ausführungen Bradburys gewesen, daß einer Errichtung der von den Franzosen angeregten Kontrollmaßnahmen juristische Schwierigkeiten entgegenstünden, da die Befugnisse der Reparationskommission und des Garantiekomitees streng beschränkt seien. In der Mantelnote zum Versailler Vertrag werde ausdrücklich erklärt, daß sich die Kommission nicht in die innere Verwaltung Deutschlands einmischen könne, und der Beschluß der Alliierten vom 5. Mai 1920 scheine diese Auslegung der alliierten Vollmachten zu bestätigen. Es sei wahrscheinlich, daß, wenn der französische Standpunkt siege, die britische Delegation die Verantwortung für die von ihr nicht gebilligten Maßnahmen ablehnen werde. Das würde zu einer Schwächung der Stellung des Garantieausschusses führen.

Internationale Arbeitskonferenz.

Die Frage des Achtstundentages.

Genf, 23. Oktober. (WTB.) Die heutige Plenarsitzung der Internationalen Arbeitskonferenz über den Generalbericht von Albert Thomas war vor allem der Frage des Achtstundentages gewidmet. Nachdem die Arbeitervertreter Japans und Indiens gegen die Haltung ihrer Regierungen protestiert hatten, wies der tschechoslowakische Regierungsvertreter darauf hin, daß seine Regierung das Abkommen über den Achtstundentag nicht nur ratifiziert habe, sondern es auch streng anwende; er bedauere lebhaft, daß nicht alle Staaten diesem Beispiele folgten. Der italienische Arbeiterdelegierte d'Aragona stellte fest, daß, obgleich die italienische Regierung das Abkommen noch nicht ratifiziert habe, der Achtstundentag doch dank der Initiative der Arbeiterorganisationen fast überall in Italien in Kraft sei. Er protestierte aber lebhaft gegen die Fascisten, die das Bestehen der landwirtschaftlichen Organisationen unmöglich machten, und forderte, daß das Internationale Arbeitsamt eine Untersuchung darüber entstelle, wieweit in Italien die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Betätigung der Arbeiterorganisationen geschützt sind. Es genüge nicht, daß Bestimmungen erlassen werden, sondern das Arbeitsamt müsse auch über ihre Anwendung wachen. Der englische Arbeiterdelegierte Poulton bedauerte die zu geringe Zahl der Vertreter der Arbeiter auf der Internationalen Arbeitskonferenz gegenüber den zahlreichen Vertretungen der Regierungen und der Arbeitgeber. Er wies auf die zunehmende Zahl der Mitglieder hin, die ihre Beiträge nicht bezahlen, und beklagte, daß bisher nur zu wenig Abkommen ratifiziert wurden. Er hoffe jedoch, daß die Mahnung des Direktors Albert Thomas auf diesem Gebiet Gehör finde. Ueber die Erfolge des Internationalen Arbeitsamtes in Persien äußerte er seine Befriedigung, forderte aber stärkeren Schutz im Orient. Zum Achtstundentag erklärte Poulton, daß die Hoffnungen über die Aussichten, die man in Washington bei den Arbeitermassen erweckt habe, getäuscht worden seien. Er trat lebhaft für die allgemeine Durchführung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag ein. Die norwegische Regierungsvertreterin Frau Kjelsberg verlangte stärkere Propaganda für die Arbeitsorganisation. Der schweizerische Arbeitervertreter Schuerch führte Klage über die feindselige Haltung schweizerischer Arbeitgeber gegen den Achtstundentag, die dazu geführt habe, daß die schweizerische Regierung die Nichtratifikation des Washingtoner Abkommens empfehle.

Der Staatsgerichtshof gegen Pfarrer Traub. Wie die „PPR." hören, ist vom Oberreichsanwalt beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gegen Pfarrer Traub ein Verfahren wegen Beleidigung des Reichspräsidenten eingeleitet worden.

Bonar Law als Führer bestätigt.

London, 23. Oktober. (WTB.) Die heutige Konferenz der Konservativen im Hotel Cecil, nach deren Beendigung Bonar Law erklärte, daß er die Aufgabe der Regierungsbildung annehme, begann mit einer Rede Sir George Younger, der die Wahl Bonar Laws zum Führer der konservativen Partei warm befürwortete. Hierauf wurde die Wahl Bonar Laws von Lord Curzon vorgeschlagen und von Stanley Baldwin unterstützt. Sie erfolgte einstimmig.

Bonar Law erklärte, die Aerzte hätten ihm gesagt, daß er die Last des Amtes eines Premierministers übernehmen könnte. Seine Politik legte er nur kurz dar. Als die führenden Punkte bezeichnete er: Weniger Abenteuer in den verschiedenen Teilen der Welt, eine stetige Regierung, größeres Zusammenwirken mit den Alliierten. Bonar Law sagte noch, anscheinend bezugnehmend auf die Tarifreform, es sei jetzt nicht die Zeit, große Pläne vorzubringen, die für das Reich förderlich sein könnten, wenn sie ihm auch noch so sehr am Herzen lägen. Man müsse eine Periode der Ruhe statt heftiger Streitigkeiten erhoffen. Einzelheiten seines Programms werde er erst in seiner Rede am Sonnabend in Glasgow mitteilen.

An der Konferenz nahm keiner der unionistischen Führer, die Lloyd George unterstützt hatten, teil. Bonar Law gab jedoch seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Unionisten, die in der Sitzung im Carlton-Klub für die Koalition stimmten, sich mit ihren unionistischen Brüdern zusammenschließen und als vereinigte Partei vor das Land treten würden. Er appellierte an alle Richtungen der konservativen Partei zusammenzuarbeiten und erklärte, sie hätte sehr gute Aussichten, bei den nächsten Wahlen eine beträchtliche Mehrheit davonzutragen.

London, 23. Oktober. „Star" zufolge geht in politischen Kreisen heute das Gerücht, daß Bonar Law endgültig beschlossen habe, die Wahlen am 15. November stattfinden zu lassen.

Donnerstag Parlamentsauflösung.

London, 23. Oktober. Der König empfing heute Bonar Law, der den Auftrag zur Kabinettsbildung formal übernahm. Wie Reuter erfährt, hat Bonar Law dem König geraten, das Parlament aufzulösen. Die Auflösung wird voraussichtlich am Donnerstag verkündet werden.

Beginn des Wahlfeldzugs.

London, 23. Oktober. (EP.) Die Führer der abhängigen Liberalen haben sich gestern abend unter Vorsitz von Asquith versammelt, um über die Zusammenstellung ihres Wahlmanifestes zu beraten, das sie gleichzeitig mit den Konservativen veröffentlichen werden. Das Wahlmanifest der Arbeiterpartei wird morgen nachmittag in einer Sitzung des nationalen Vollzugsausschusses von dem parlamentarischen Komitee der Arbeiterpartei ausgearbeitet werden.

Urquharts Rat an Rußland.

London, 23. Oktober. (WTB.) Der Vorsitzende der Russo-asiatischen Gesellschaft, Urquhart, sprach in einer Sitzung der Aktionäre der Gesellschaft über die letzten Verhandlungen mit der russischen Regierung, die zu einem Abkommen mit Krassin geführt hätten. Die Ratifizierung des Abkommens sei durch den Rat der Volkskommissare aus politischen Gründen abgelehnt worden. Politische Fragen seien mit geschäftlichen in einer Weise zusammengebracht worden, die Geschäftsleute niemals dulden würden. Sein Rat für die Sowjetregierung, wenn sie auswärtiges Kapital heranziehen wolle, sei einfach: Ratifiziert das Abkommen und zeigt, daß ihr in eurer Politik in Genua und im Haag aufrichtig und folgerichtig wart. Verkündet eure Bereitschaft, Rußlands nationale Schulden anzuerkennen und befriedigt die auswärtigen Besitzer, deren Eigentum nationalisiert wurde. Wenn das getan wird, so wird bald die politische Anerkennung folgen.

Bildniskunst und Monumentalmalerei.

Bemerkungen zur Juryfreien Kunstschau von John Schikowski.

Auf drei Punkte konzentriert sich die Aufmerksamkeit des Besuchers. Erstens auf die neuen Namen, die hier auftauchen, zweitens auf die schon wiederholt gemachten Versuche, eine zeitgemäße Monumentalmalerei zu schaffen, und drittens auf das zum erstenmal unternommene Wagnis, die Mittel der modernen Kunst in den Dienst des Porträts, speziell des Gruppenporträts zu stellen.

Eine Kunst, die ihren Schwerpunkt nicht in der Wiedergabe des äußeren Naturbildes, sondern in der Wirkung ihrer reinen Mittel — der Linie und der Farbe — in der Malerei sucht, wird als Bildniskunst immer einen schweren Stand haben. Man ist gewohnt, vom Bildnis eine gewisse äußere „Aehnlichkeit" zu fordern, und der Besteller eines Porträts wird auf diese Forderung nicht verzichten wollen. Er verlangt ein naturtreues Dokument, mit Linien- und Farbenrhythmen ist ihm nicht gedient. Die mittelalterliche Kunst, die wie die heutige moderne „expressionistisch" war, kannte keine Bildnisse. Sie gab einem Kopf oder einer Figur, die die allgemeinen Kennzeichen des Typus Mensch trug, irgendein charakterisierendes Beiwerk, das den Dargestellten als Kaufmann, als Handwerker, als Ritter oder Kaiser bezeichnete, und der Besteller und Beschauer war zufriedengestellt. Die klassische Antike, deren Kunst naturalistisch war, hatte Porträts, und die Neuzeit, seit der Renaissance, hat sie sich wieder geschaffen. Heute leben wir in einer Uebergangszeit: das Kunstempfinden der großen Masse ist noch naturalistisch, während die Kunst selbst schon in expressionistische Bahnen eingelenkt hat. Man verlangt Bildnisse, also ureigenste Produkte einer naturalistischen Kunst, von Künstlern, die keine Naturalisten sind. Das Resultat kann nur Kompromißwerk sein, und Kompromißwerk ist in der Tat alles, was der Saal der Gruppenporträts (2) zur Schau stellt. Entweder haben die Maler sich zu älteren Stilformen gezwungen, wie es Straube und Schroeter tun, oder sie garnieren ihre Porträts mit expressionistischen Knochenbeilagen (Trodel), oder sie schaffen, wie Deierling, glatte Karikaturen. Büttner und Waske machen ernste Versuche, durch gegenständliche Gruppierung eine wirklich malerische Flächengliederung zu schaffen, aber das Problem haben auch sie nicht lösen können, weil es eben restlos nicht zu lösen ist.

Die Grundanschauungen der modernen Kunst, die der Schöpfung einer neuen Bildnismalerei entgegenstehen, müssen der Monumentalmalerei zugute kommen. Der Naturalismus, dessen letztes Ziel die malerische Gestaltung des dreidimensionalen Raumes war, versagte gegenüber der Aufgabe, Wände und Mauern als Flächen zu behandeln. Eine wirkliche Monumentalmalerei aber ist immer an die von der Architektur geschaffene Bildfläche, die Wand oder Mauer, gebunden. Sie kommt nur im innigsten Zusammenhang mit der Architektur zur Geltung. Ihre Aufgabe ist nicht, die architektonisch gegebenen Räume durch Eröffnung malerischer Perspektiven zur durchbrechen, sondern die Raumwirkung zu verdeutlichen, indem sie die umschließenden Wände als Flächen betont. Eine Malerei wie die moderne, die auf perspektivische Effekte verzichtet, wird diese Betonung der Fläche zwanglos zuwege bringen, und da sie ihre Wirkung nicht in der Wiedergabe von Naturbildern, sondern im reinen linearen und farbigen Ausdruck sucht, so wird es ihr nicht schwer fallen, sich den Linien und Farben des architektonischen Raumes anzupassen. Je weiter sich der malerische Stil vom Naturalistischen und Gegenständlichen entfernt, desto besser wird er diese Aufgabe lösen. Die Monumentalgemälde, die im Saal 1 zu sehen sind, verfehlen bei allem ehrlichen Streben nach ernster Großzügigkeit und trotz manches in seiner Art imposanten Werkes (namentlich Seifert) durchweg ihr Ziel, weil ihre Linien und Farben unfrei sind, viel zu sehr am natürlich Gegenständlichen haften. Man kann sich keine Architektur denken, die von diesen Wandgemälden unterstützt und getragen würde. Sie wirken als Staffeleibilder in riesigen Maßstäben. Vergleicht man mit ihnen die Arbeiten von Thomas Ring (Saal 5) und Heinrich Salze (27), so erkennt man den fundamentalen Unterschied. Dieses sind trotz des relativ bescheidenen Formats wirkliche Monumentalgemälde. Ein klares Liniengerüst, umweht und durchleuchtet von farbigen Klängen und Düften, baut sich auf der Fläche auf. Es sehnt sich nach dem architektonischen Raum, den es umhegen, heben und verklären will und der es seinerseits wieder erst zur vollen Wirkung kommen lassen würde. Von solchem einheitlichen Zusammenwirken erhält man im Zimmer 18 den wunderbarsten Eindruck. Der Raum selbst ist völlig reizlos: ein achteckiges Zimmer, drei Wände von Türen durchbrochen. Mit diesem simplen Material hat die Kunst des großen russischen Malers Kandinsky ein Wunderwerk geschaffen. Man glaubt beim Betreten des Raumes sich in ein Märchenreich versetzt. Auf tiefschwarzer Grundfläche entwickelt sich ein Spiel von leuchtenden, gleitenden, hüpfenden, vorschießenden, zurückweichenden, wellenartig sich schaukelnden, breit gelagerten und mächtig aufstrebenden Farbformen. Die Fülle der Motive ist unerschöpflich und unerschöpflich ist das Reich der Empfindungen, Gefühle und Stimmungen, die sie hervorzaubern. Das ist keine Dekoration, sondern seelische Ausdruckskunst tiefsten Gehaltes. Auf der strengen Basis der räumlichen Rhythmik und fest gebannt an die architektonisch gegebenen Flächen ist ein malerischer Organismus geschaffen, bei dem jedes Einzelglied mit dem Ganzen verwoben und verwachsen ist, bei dem eins das andere trägt und dem Ganzen dient. Ein Muster- und Meisterwerk moderner monumentaler Malerei, dem nichts fehlt als eine kongeniale Architektur. Vielleicht bieten die Schöpfungen von Walter Gropius und Adolf Meyer vom Weimarer Bauhaus, die im Zimmer 19 zu sehen sind, mit ihren edlen, strengen, schlichten Raumgliederungen eine solche Architektur, und vielleicht erhalten wir einmal Gelegenheit, Früchte der Zusammenarbeit von Gropius und Kandinsky zu sehen.

Zum Schluß noch einen Blick auf die neuen Künstlernamen, denen wir hier zum erstenmal begegnen. Da sind zunächst einige Berliner Arbeiter: der greise Apostel Markaraf, der im Zimmer 19 prachtvoll humoristische, naiv bemalte Holzskulpturen zeigt; der junge, sehr begabte Bildhauer Sakol (10 und 17) mit kräftigen, auffallend sicher gearbeiteten Plastiken im Holzschnitzerstil; der Maler Senf (14) mit mehreren Arbeiten, darunter einem Landschaftsbild, das einer feinen Stimmung in wenigen Farbflächen konzentrierten Ausdruck gibt. Ferner P. Grunwaldt (9) mit geschmackvollen, in der Technik noch etwas ängstlichen Aquarellen; E. Jackstädt (9), dessen Gemälde in festem Aufbau und breitem Farbenauftrag wie gemauert dastehen; B. Liesner-Alscher (21), bei deren talentvollen Arbeiten nur der Eindruck stört, daß die expressionistische Formgebung keinem innern Zwang entspringt, sondern mehr Modesache ist. Der Hauptgewinn scheint mir diesmal H. Schmarz (21) zu sein, der sehr stark in der Farbe ist und in der Komposition eine ganz eigene interessante Note verrät.

Die bayrische Richterseele.

Von Joseph Roth.

Die bayerische Richterseele, juristische Abart der bayerischen Volksseele, unbewußtes Exekutivorgan des gesetzgebenden „Liesbacher Anzeigers", stammt noch aus dem Mittelalter und gelangte als Beweis für die Theorie der Seelenwanderung in das für ihre Entwicklung am günstigsten gelegene Gebiet Bayerns.

Unbekümmert um die Neuzeit, die sich rings um die Grenzen dieses Landes ausbreitet, lebt die bayerische Richterseele in den Körpern akademisch geschulter Untertanen und spricht Recht im Sinne königlicher Majestäten, wenn auch noch nicht in deren Namen.

Den Applaus Europas vernimmt sie nicht — wegen der großen Entfernung der bayerischen Ordnungszelle, die irgendwo verloren, in kultureller Nähe der Kannibalen, losgelöst vom Festland umherschwimmt. Nur des eigenen Volkes Beifall dringt zur bayerischen Richterseele aus den Spalten jener „Münchner Neuesten Nachrichten", in denen das Bockbier der frommen Denkungsart gebraut wird. . .

Also kommt es, daß Milde sich der bayerischen Richterseele nur in jenen Fällen bemächtigt, in denen der Delinquent ein Graf ist und durch einen kleinen Meuchelmord seine jüdische Großmutter in Vergessenheit bringt; daß aber Strenge der Richterseele oberstes Gebot wird, wenn sie einen Republikaner vor die Gerichtsschranken zitiert, die ihren Horizont abgrenzen. . .

Und trotzdem ist ihre Objektivität eine Tatsache und gegen jeden Zweifel gesetzlich geschützt. Ja, man möchte sagen: über jeden Zweifel gesetzlich erhaben . .

Auch ihre Unabhängigkeit — von der öffentlichen Meinung ist niemals bestritten worden.

Seltsam nur ist ihr Hang zur Paradoxie:

In dankbarer Erinnerung an die Revolution erwählte sie das Volksgericht zu ihrem Siedepunkt; sie sammelt sozusagen Meilensteine der Revolution — und schichtet sie zu Zuchthäusern für Revolutionäre. . .

Die Arbeiterbildungsschule veranstaltete am Sonntag im Großen Schauspielhause ihre Proletarischen Feierstunden, in denen außer dem bekannten Sprechchor des Orchester der Großen Volksoper unter der Leitung v. Hoeßlins mitwirkte, das Beethovens Leonoren-Ouvertüre und die 7 Sinfonie in vollendeter Weise zu Gehör brachte. Die Musik und die Darbietungen des Sprechchors, der „Erlösung", ein Weihespiel von Bruno Schönlank, sowie „Mahle, Mühle, Mahle" von Richard Dehmel (dieses in Verbindung mit dem Orchester) sprach, wollen sich nicht recht vertragen, es sind zwei Pole, die sich gegenseitig ausschließen. Der Erfolg ist der, daß der Zuhörer zu keiner rechten Sammlung kommen kann, sein Gefühl pendelt zwischen beiden Polen hin und her. Man muß dem Sprechchor, der für sich allein durchaus wuchtig zu wirken vermag, in seinem eigensten Interesse eine andere Umrahmung wünschen. In der nächsten Feierstunde, die am 12. November stattfindet, wird zum ersten Male Bruno Schönlanks „Großstadt" gesprochen. W. M.

Musik. Sela Trau spielt in ihrem 1. Cello-Konzertabend am 26. Oktober 8 Uhr im Schwechtensaal Werke von Pergolese, Saint-Saëns, Busoni, Reger, Hindemith, Glazounow und Popper.

Einkehr im Fall Fechenbach?

In der „Deutschen Tageszeitung" ergreift der Schriftleiter Paul Bäcker das Wort zum Fechenbach-Prozeß, um die Kritik der Linkspresse an dem Urteil zurückzuweisen. Aber diese Zurückweisung ist doch in einer Form gehalten, daß man bei der Lektüre ständig das Gefühl hat, der Verfasser wolle das Urteil selber in keiner Weise verteidigen. Bäcker beruft sich im wesentlichen darauf, daß der größere Teil der Verhandlungen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erfolgt sei und daß man daher nicht wissen könne, was das Gericht zu seinem Urteil bewogen habe. Aus dieser Argumentation muß man notwendigerweise den Schluß ziehen, daß das bisher bekannt Gewordene auch dem Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung" nicht als Unterlage für ein derart drakonisches Urteil ausreicht. Theoretisch gibt Bäcker sogar zu:

Natürlich ist die Möglichkeit nicht völlig ausgeschlossen, daß das Gericht in seiner Auffassung vom Wesen der begangenen Straftaten fehlgegriffen habe.

Vielleicht wird Herr Bäcker demnächst erkennen, daß nicht nur die Möglichkeit, sondern die Tatsache eines schweren Fehlgriffs vorliegt. Herrn Bäcker, der ein hohes Ehrenamt in der bürgerlichen Journalistenorganisation bekleidet, scheinen die Konsequenzen, die sich aus dem Fechenbach-Urteil für die Auslandsberichterstattung der gesamten Presse ergeben, selber einigermaßen unheimlich zu werden. Er legt deshalb Nachdruck auf die Behauptung, daß die Münchener Angeklagten keine journalistische, sondern nur eine scheinbar journalistische Tätigkeit entfaltet hätten. Auf Fechenbach trifft das sicher nicht zu. Und wenn Herr Bäcker seinen Artikel mit dem recht gemäßigten Schlußsatz beendet, Kritik an Urteil dürfe nicht verwehrt werden, nur dürfe diese Kritik die Grenzen nicht überschreiten, so hat man wiederum den Eindruck, daß auch er persönlich dem Urteil kritisch gegenübersteht.

Welche Fußangeln dieses Urteil dem Auslandsjournalisten legt, zeigt ein einziger Satz der Urteilsbegründung. Das Volksgericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß Mitteilungen über geheime Waffenlager und bewaffnete Organisationen an das Ausland immer dann als Landesverrat anzusehen seien, wenn ausdrücklich gesagt oder auch nur durch Stillschweigen der Anschein erweckt würde, daß eine Regierung diese Dinge begünstige. Man stelle sich vor, was das bedeutet. Die wahrheitsgemäße Meldung von der Existenz eines verbotenen Waffenlagers oder dem Bestehen einer verbotenen Geheimorganisation — ohne jeden Zusatz — kann danach als Landesverrat bestraft werden. Denn der Jurist soll noch gefunden werden, der es nicht fertig brächte, eine „stillschweigende" Behauptung des Einverständnisses einer Regierung zu konstruieren. Doch ist es nicht überdies Tatsache, daß die bayerische Regierung lange Zeit — drücken wir es ganz milde aus — sich den verbotenen Orgeschverbänden gegenüber auffallend passiv verhalten hat?! Hat eine solche Regierung das Recht, eine wahrheitsgemäße Kritik ihres Verhaltens als Landesverrat zu verfolgen?!

Wir machen nochmals auf folgendes aufmerksam: Die Rechtspresse hat wiederholt Sensationsmeldungen über die angebliche Existenz Roter Armeen in Deutschland gebracht, die sich nachher von A bis Z als Schwindel erwiesen haben. Wenn irgendein deutschnationaler Korrespondent eine solche Meldung — gutgläubig — an das Ausland weitergibt und auch nur irgendwie durchblicken läßt, daß die Reichsregierung oder die preußische Regierung nicht genug in der Bekämpfung der Roten Armeen getan hätten, so ist er nach dem Münchener Urteil ein ehrloser Landesverräter. Wollen die Deutschnationalen noch diese Konsequenz aus dem Fechenbach-Prozeß ziehen?

Milde gegen reaktionäre Bombenwerfer.

Das Sprengstoffattentat auf die Mannheimer Börse — kein Sprengstoffverbrechen!

Das Mannheimer Schwurgericht verhandelte am Montag gegen die Nationalsozialisten Jansen, Schumm, Förster und Maurice, die das Sprengstoffattentat auf die Mannheimer Börse am 15. September d. J. verübt hatten. Der 22 Jahre alte Angeklagte Jansen gab die Tat zu. Er habe mit dem Attentat Schrecken verbreiten wollen. Er berief sich dabei auf

„Christi Vorbild",

der nach der Bibel Schädlinge aus dem Tempel vertrieben habe! Da nach Ansicht des Angeklagten die jüdische und internationale Hochfinanz nicht durch Worte beseitigt werden könne, habe er einen Schreckschuß gegen sie abgeben wollen. Der Angeklagte erklärte, keine Reue über seine Tat zu empfinden, sie sei eine „deutsche Tat". Der Angeklagte Schumm gab zu, für Jansen in München zwei Handgranaten besorgt zu haben und zwar von dem angeklagten Uhrmacher Maurice. Der Angeklagte gehört der Mannheimer Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Partei an und erklärte, mit dem Bombenwurf einverstanden gewesen zu sein. Der Angeklagte Förster, zweiter Schriftführer der Nationalsozialistischen Partei, gab zu, daß er Schumm bei der Besorgung einer Handgranate behilflich gewesen ist. Der Angeklagte Maurice ist seit 1921

besoldeter Angestellter der Nationalsozialistischen Partei.

Er kommandiert eine „Sturmabteilung" dieser Partei. Er gab zu, die Handgranaten besorgt zu haben, will aber nicht gewußt haben, wozu sie gedient haben. Ein Waffensachverständiger bekundete, daß der Börsensaal schwer beschädigt worden wäre, wenn die Handgranaten frisch gefüllt gewesen wären.

Die Geschworenen verneinten nach einstündiger Beratung sämtliche Fragen, die sich auf Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz bezogen, bejahten dagegen die Frage auf unbefugten Besitz von Waffen bzw. Beihilfe zu diesem Vergehen. Außerdem wurden sämtlichen Angeklagten mit Ausnahme von Maurice mildernde Umstände zugebilligt. Das Urteil lautete gegen Jansen auf neun Monate Gefängnis, gegen Schumm auf sechs Monate und gegen Förster auf zwei Monate Gefängnis. Bezüglich des Angeklagten Maurice kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß die Geschworenen sich zugunsten des Angeklagten geirrt hätten und setzten den Fall erneut zur Verhandlung in die nächste Schwurgerichtsperiode.

Bürgerblock gegen den 9. November! Der Rechtsausschuß des Reichstages beriet am Sonnabend den sozialistischen Antrag, den 9. November zum gesetzlichen Feiertag zu machen. Genosse Dr. Rosenfeld begründete diesen Antrag unter Darlegung der Bedeutung des 9. November für das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterschaft. Der Demokrat Haas lehnte für die Demokraten die Anerkennung des 9. November als Feiertag ab, indem er hervorhob, daß wir am 9. November nicht eine Revolution erlebt hätten, sondern nur den Zusammenbruch des alten Systems. Bei der Abstimmung lehnten alle anderen bürgerlichen Parteien den Antrag ab.

Rheinland • Angestelltenversicherung • Umlage

Auf der Tagesordnung steht eine Interpellation aller Parteien, ausschließlich der Kommunisten, die gegen das bekannte Vorgehen der Interalliierten Rheinlandkommission im Falle Smeets Einspruch erhebt.

Abg. Sollmann-Köln (Soz.):

Der zur Verhandlung stehende Eingriff der Interalliierten Rheinlandkommission in die deutsche Rechtspflege wird nicht nur in den besetzten Gebieten, sondern im ganzen deutschen Volk als ein unerhörter und

in seiner Art beispielloser Vorfall

empfunden. Die Rheinlandkommission hat den deutschen Behörden untersagt, eine auf acht Monate Gefängnis lautende Strafe gegen einen politischen Agenten des französischen Imperialismus zu vollstrecken. Es handelt sich für uns nicht um die belanglose Person des Bestraften, der in keiner Schicht der rheinischen Bevölkerung nennenswerten Anhang hat, sondern um die elementarsten Grundsätze der Rechtssicherheit. Unsere Partei steht der gegenwärtigen Rechtspflege in Deutschland und in anderen Ländern wahrlich nicht ohne Kritik gegenüber. Um so entschiedener erklären wir: Die von Kölner Gerichten gegen den Herausgeber und Redakteur der „Rheinischen Republik" verhängten Strafen sind nicht härter, als sie jeder andere deutsche Staatsbürger zu gewärtigen hat, wenn er verleumderische Beleidigungen und Beschimpfungen öffentlich verbreitet. Als besonders verletzend empfinden wir, daß die Rheinlandkommission schwerste Beleidigungen des deutschen Reichspräsidenten für belanglos erklärt. Wir erheben gegen diese Nichtachtung der deutschen Republik und der deutschen Reichsverfassung schärfsten Einspruch.

Die Sozialdemokratie als eine Partei, die auch unter den drückenden Lasten der Besatzung nicht dem Völkerhaß, sondern der Völkerverständigung dienen will, bedauert aufs tiefste, daß die Rheinlandkommission mehr und mehr eine Politik betreibt, die

eine immer größere Kluft zwischen den Besatzungsmächten und der deutschen Bevölkerung

aufreißt. Die fremden Heere am Rhein sind der stärkste Beweis dafür, daß wir zwar einen sogenannten Friedensvertrag, aber keinen wirklichen Frieden haben. Darum erheben wir mit der gesamten sozialistischen Internationale auch bei dieser Gelegenheit die Forderung: Abzug der Ententeheere vom Rhein!

Abg. Dr. Lauscher (S.) bezeichnet die Zustände im besetzten Gebiet als aller Kultur und allen Rechtsbegriffen hohnsprechend und erhebt gegegen die Willkürherrschaft der Rheinlandkommission Protest. (Beifall.)

In ähnlichem Sinne sprechen die Redner der anderen Parteien.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Die Reichsregierung ist mit Ihnen der Ansicht, daß es sich bei dem Beschluß der Interalliierten Rheinlandkommission um einen

schweren Eingriff in die Freiheit und Unabhängigkeit

der deutschen Rechtsprechung handelt, der nicht widerspruchslos hingenommen werden kann. Man mag den Begriff dessen, was im Interesse der Sicherheit der Besatzungsarmee notwendig ist, noch so weit ziehen, niemals wird man zu der Schlußfolgerung gelangen, daß diese Sicherheit fordert, daß die Ehre des deutschen Staatsoberhauptes und der im besetzten Gebiet tätigen Beamten Verleumdungen preisgegeben wird. Der Beschluß der Interalliierten Rheinlandkommission verweigert aber nicht nur dem Reichspräsidenten und den übrigen verleumdeten Persönlichkeiten den Schutz ihrer Ehre, sondern beleidigt die deutschen Richter, die das Urteil gefällt haben, indem ihnen nachgesagt wird, daß sie sich bei ihrem Urteilsspruch nicht von der reinen Sorge für die Gerechtigkeit hätten bestimmen lassen, sondern durch politische Rücksichten. Die Mitglieder des Landgerichts in Köln sind über diesen Verdacht erhoben. Es würde einen

Rückfall in die Kabinettsjustiz

des absolutistischen Regimes vergangener Jahrhunderte bedeuten, wenn eine politische Körperschaft das Recht haben sollte, das Urteil eines unabhängigen Gerichts zu annullieren. Der Beschluß, der die Verleumdung des deutschen Reichspräsidenten als Taten von untergeordneter Bedeutung bezeichnet, übersieht, daß im Rheinland zahlreiche deutsche Reichsbürger wegen der geringsten Kränkungen von Angehörigen der Besatzungstruppen bis herab zum einfachsten Soldaten zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden sind.

Sowohl die Reichsregierung wie die Regierungen der beteiligten Länder sind von Anfang an der Ansicht gewesen, daß es nicht im Interesse der betroffenen Bevölkerung liegen würde, wenn die Reichs- und Landesregierungen der Interalliierten Rheinlandkommission gegenüber eine Kampfstellung einnehmen. Dementsprechend sind die Beamten zu einem korrekten Verhalten gegenüber allen Besatzungsstellen angewiesen worden. Diese Ansicht der Reichsregierung wird aber gelähmt und durchkreuzt, wenn Beschlüsse gefaßt werden wie im Falle Smeets.

Die deutschen Vertreter in den Ententeländern haben entsprechend meinen Ausführungen Beschwerde gegen den Beschluß der Interalliierten Rheinlandkommission erhoben und nicht nur die Beleidigung des deutschen Richterstandes entsprechend zurückgewiesen, sondern auch den unhaltbaren Zustand hervorgehoben, daß dem Reichspräsidenten auf deutschem Boden ein Schutz gegen freche Verleumdung versagt werde. Der Reichspräsident fühlt sich durch dieses Vorgehen der Interalliierten Rheinlandkommission nicht nur in seiner Eigenschaft als deutsches Staatsoberhaupt, sondern auch in seiner bürgerlichen Ehre berührt. Deutscherseits wurde ferner das dringende Verlangen gestellt, den Beschluß alsbald wieder aufzuheben. Eine Antwort der Regierung steht noch aus. (Lebh. Beif.)

Hierauf wurde der Gesetzentwurf betr. Aenderung des Reichswahlgesetzes in allen drei Lesungen ohne Aussprache erledigt. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß die Stimmzettel bei künftigen Wahlen (einschl. Oberschlesien) auch die Parteibezeichnung enthalten dürfen.

Besoldungsgesetz.

Zur Beratung einer Ergänzung des Besoldungsgesetzes und des vierten Nachtragsetats für 1922 nimmt das Wort

Abg. Steinkopf (Soz., Berichterstatter): Der Ausschuß hat die Besoldungsvorlage namentlich bezüglich der Ortszuschläge noch etwas günstiger für die Beamten gestaltet und im Nachtragsetat unverändert angenommen.

Ein Regierungsvertreter bittet, die Regierungsvorlage wiederherzustellen. Die Regierung sei bereit, die Wünsche der Beamten bei den Ortszuschlägen nach Möglichkeit zu berücksichtigen. — Abg. Steinkopf (Soz.) zieht mit Rücksicht auf diese Erklärung der Regierung nunmehr im Einverständnis mit den Mehrheitsparteien den Ausschußbeschluß bezüglich der Ortszuschläge zurück.

Ein Antrag der Deutschnationalen bezüglich der Erhaltung „wohlerworbener" Rechte der Beamten und Offiziere wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt. — In der Frage der Ortszuschläge wird die Regierungsvorlage wiederhergestellt. Im übrigen erfolgt Annahme der Vorlage nach den Beschlüssen des Ausschusses. Angenommen wird weiter eine Entschließung, die eine besondere Berücksichtigung der Beamten in den Grenzgebieten bei der Aufbesserung der Bezüge verlangt. Im Anschluß daran gelangt die Vorlage schließlich in dritter Lesung zur Annahme.

Die am Sonnabend abgebrochene Debatte über die

Angestelltenversicherung

wird hierauf fortgesetzt.

Der Antrag Teusch (Zentr.) und Gen. auf Wiederherstellung der Gehaltsgrenze wird in namentlicher Abstimmung mit 173 gegen 164 Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Danach setzt der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsrats die Jahresarbeitsverdienstgrenze fest.

Angenommen wird weiter ein Antrag der Volkspartei, wonach weiblichen Mitgliedern bei ihrer Verheiratung die Hälfte der von ihnen eingezahlten Beiträge zurückerstattet wird.

Ein Antrag Teusch (Zentr.) auf lebenslängliche Anstellung der Direktoren und höheren Beamten wird in namentlicher Abstimmung mit 230 gegen 126 Stimmen abgelehnt.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag Giebel (Soz.), der dem Arbeitgeber zwei Drittel der Beiträge auferlegen will, ergibt die Ablehnung des Antrags mit 202 gegen 144 Stimmen.

An Antrag Thiel (D. Vp.), das Gesetz am 1. November d. J. in Kraft treten zu lassen, wird angenommen.

Die endgültige Abstimmung erfolgt in dritter Lesung.

Die zweite Beratung des Gesetzes betreffend Umänderung der Verordnung über die Lohnpfändung wird erledigt.

Die Umlage.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 (Getreideumlage).

Nach den Ausschußbeschlüssen beträgt der Preis für das erste Drittel der Umlage für Roggen 28300 M., für Weizen 30200 M., für Gerste 27000 M., für Hafer 25500 M. je Tonne. Das zweite und dritte Drittel der Umlage soll anstatt in zwei Fristen in vier Fristen zu gleichen Teilen an die Reichsgetreidestelle geliefert werden, und zwar bis zum 31. Dezember 1922, 31. Januar 1923, 28. Februar und 15. April 1923. Für jede dieser vier Fristen soll der Preis besonders festgesetzt werden.

Abg. Krähig (Soz.) berechnet den Brotpreis nach dem Ausschußbeschluß auf 450 M. Er beantragt deshalb eine Entschließung, wonach die in den Händen der Erzeuger befindlichen Lebensmittelvorräte sofort erfaßt werden sollen, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Wir gehen andernfalls der schlimmsten Katastrophe entgegen. Es bleibt, um das Chaos zu verhindern, nur die Zwangswirtschaft übrig. In der Landwirtschaft besteht jetzt das Bestreben, die Kartoffeln einzumieten, weil ihr die Preise noch nicht hoch genug sind. Das ist ein Verbrechen am Volke.

Abg. Hemeter (Dnat. Vp.) begründet einen Antrag seiner Partei, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und des bayerischen Bauernbundes, wonach nicht nur Originalsaatgut, sondern auch „anerkanntes Saatgut erster Aussaat" von der Erfüllung zum Liefersoll eines bestimmten Preises freigegeben werden kann.

Abg. Koenen (Komm.): Wenn heute zu den hohen Margarinepreisen auch noch eine Steigerung der Brotpreise kommt, bleibt vielen Leuten nichts anderes übrig, als sich aufzuhängen. Wir beantragen, die Umlage auf 4½ Millionen Tonnen zu erhöhen.

Der kommunistische Antrag betreffend Erhöhung der Umlage auf 4½ Millionen Tonnen wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt, dagegen der Antrag Hemeter (Deutschnat.) und Gen. angenommen mit der Aenderung, daß er auf die Frühjahrsbestellung beschränkt wird. Es bleibt bei dem Ausschußbeschluß bezüglich der Preise. Angenommen wird auch die Ausschußentschließung über Herabsetzung der Umlage, falls deren Aufbringung nicht möglich ist, und über Lieferung von Kunstdünger zu verbilligtem Preise. Abgelehnt wird die sozialdemokratische Entschließung, betreffend Zwangswirtschaft für alle wichtigen Nahrungsmittel.

Nächste Sitzung Dienstag, 11 Uhr: Anträge, darunter zweite Lesung des Antrags über Aufhebung der Inseratensteuer, dritte Lesung des Umlagegesetzes und der Vorlage über die Präsidentenwahl.

Bund für Freiheit und Ordnung.

Die Leitung des „Bundes für Freiheit und Ordnung" hatte den Polizeibehörden gegenüber sich auf die Zugehörigkeit des Abgeordneten Kopsch und des Zentrumsabgeordneten Dr. Pfeiffer berufen. Der „Germania" teilt nun Dr. Pfeiffer mit, daß er zwar seinerzeit eine formale Beitrittserklärung abgegeben habe, daß er aber nie an einer Sitzung teilgenommen habe, noch im Vorstand tätig gewesen sei. Er lehne jede Verbindung mit dem Bunde ab, der seine Bestrebungen offenbar geändert habe. Wir meinen, daß man freilich auch schon 1921 auf Grund der vom Bunde vorgelegten Satzungen, die Dr. Pfeiffer zitiert, auf eine recht zweifelhafte Gesellschaft schließen konnte. Es gibt genug bürgerliche Politiker, die reaktionären Bestrebungen gegenüber, wenn sie sich ein wenig in ein neutrales Mäntelchen hüllen, die nötige Reserve mehr wie vermissen lassen.

In der Zirkus-Busch-Versammlung hat sich, wie erinnerlich sein dürfte, der deutschvölkische Pfarrer Wangemann mit einer antisemitischen Hetzrede hervorgetan, in der er erklärte, die sogenannten Novemberdemokraten würden bei dem Rechtsputsch im kommenden März sehr schnell Monarchisten werden.

Wie die „Berliner Volkszeitung" feststellt, hat dieser Herr Wangemann eine recht seltsame politische Vergangenheit. Vor zwölf Jahren hielt er in den Versammlungen der Demokratischen Vereinigung, die damals als linksliberale bürgerliche Partei den Freisinn und den Bülowblock bekämpfte, äußerst radikale Reden, wobei er sich als Vorkämpfer für eine neue freie Geschlechtsmoral vorstellte. Er verkündete das Evangelium der unbeschränkten freien Liebe für die Jugend. Von der rechtsstehenden Presse wurde er deshalb heftig angegriffen.

Jetzt ist dieser Herr plötzlich deutschvölkischer Agitator. Wenn er anderen so schnelle Umfälle zutraut, so ist dies offensichtlich ein Rückschluß aus seiner eigenen politischen Veranlagung.

Schreiende Not.

Nach den Beschlüssen der Nationalversammlung und der Reichsregierung sollen die bis zum 30. April 1920 erworbenen Pensionsansprüche der Arbeiter der früheren Heeres- und Marinebetriebe, die in die Dienste der Deutschen Werke Aktiengesellschaft übergetreten sind, aus der von dieser Gesellschaft gegründeten Versorgungskasse erfüllt werden. Das der Versorgungskasse vom Reich zur Abgeltung der Versorgungsansprüche zur Verfügung gestellte Kapital ist so gering bemessen, daß den bei der Deutschen Werke Aktiengesellschaft pensionierten alten Staatsarbeitern aus der Versorgungskasse eine Pension nur in der Höhe gezahlt werden kann, wie sie die Rentner des Reichs am 1. Mai 1920 bekamen. Die durch die andauernde Geldentwertung dringend notwendig gewordene Erhöhung der Pensionen konnte durch die Versorgungskasse der Deutschen Werke Aktiengesellschaft nicht erfolgen, während das Reich seinen Pensionären die Bezüge wiederholt erhöht hat. Die vor dem 30. April 1920 pensionierten Staatsarbeiter erhalten zurzeit vom Reich, wenn sie 40 Dienstjahre aufweisen, monatlich 3600 Mark, ein bei der Deutschen Werke Aktiengesellschaft pensionierter früherer Staatsarbeiter aus der Versorgungskasse nur etwa 120 Mark! Die letzteren befinden sich in bitterster Not.

Die Genossen Hoch und Brandes haben daher im Reichstag eine Anfrage eingebracht. Sie fragen die Regierung, ob sie bereit ist, der Versorgungskasse die Zuschüsse zu geben, die den nach dem 30. April 1920 pensionierten ehemaligen Staatsarbeitern eine gleich hohe Unterstützung sichert wie den übrigen.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 100 österreichische Kronen 5,60 Geld, 5,64 Brief, 1 tschechische Krone 133,16 Geld, 133,84 Brief, 1 bulgarische Lewa 29,17 Geld, 29,32 Brief. — 100 Polenmark gelten im freien Verkehr etwa 36½.

Gewerkschaftsbewegung

Entlassungen bei der Reichspost.

Als Aushelfer zu alt geworden.

Zu diesem leider immer noch aktuellen Thema wird uns vom Postamt 77 in der Luckenwalder Straße in Berlin mitgeteilt, daß in der letzten Woche 40 Aushelfern gekündigt wurde. Es sind „Aushelfer", die über 10, 13 und 14 Jahre im Dienste der Reichspost standen und wahrscheinlich noch jahrelang als „Aushelfer" beschäftigt worden wären — wenn sie nicht das Unglück gehabt hätten, inzwischen „zu alt" zu werden, über 65 Jahre alt.

In keinem Privatbetriebe könnte es vorkommen, daß Arbeiter jahrelang als „Aushelfer" beschäftigt werden — so lange, bis sie zu alt sind. Der Bureaukratismus darf denn doch nicht ohne weiteres über Menschenleben gehen. Was die Entlassung unter den gegenwärtigen Verhältnissen für die im Dienste der Reichspost zu alt gewordenen Leute bedeutet, kann man sich auch in den Kreisen unschwer vorstellen, die diese Entlassungen veranlaßt haben. Zugegeben, daß es im dienstlichen Interesse liegt, zumal jetzt, wo es an jüngeren Kräften nicht fehlt, verbrauchte Arbeitskräfte zu verabschieden, so müßte denn doch erwartet werden, daß die Gekündigten gleich den ebensoviele Jahre als Unterbeamten Beschäftigten behandelt würden, anstatt der Sozialrentnerfürsorge ausgeliefert zu werden.

Ein Streik der Kellerarbeiter aufgeschoben.

Am Sonntag tagte im großen Saal des Gewerkschaftshauses die Versammlung der in den Weingroßhandlungen sowie in den Likörfabriken beschäftigten Kellerarbeiter, -arbeiterinnen, Kutscher und Kraftwagenführer. Saal, Galerie und Tribüne waren überfüllt, so daß eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte.

Vom Deutschen Transportarbeiterverband referierte Liebenow, während in der zweiten Versammlung Ullrich die Verhandlung schilderte, die mit dem Arbeitgeberverband der Getränke-Industrien und verwandter Gewerbe von Groß-Berlin E. V. geführt wurde. In einstimmig gefälltem Schiedsspruch vor dem Schlichtungsausschuß wurden die Lohnsätze für Oktober für Arbeiter auf wöchentlich 4750 M. festgesetzt. Die Verhandlungskommission der Arbeitgeber sowie eine Versammlung der Unternehmer haben den Schiedsspruch abgelehnt und boten einen Wochenlohn von 4300 M. an. Der Arbeitgeberverband erklärte, daß er dieses Angebot nur bis 20. Oktober aufrechterhalte, andernfalls würde eine Revision des Angebotes nach unten erfolgen. Dieser ultimative Hinweis rief schon bei den am 18. Oktober versammelten Vertrauensleuten eine recht erhebliche Kampfesstimmung hervor. Inzwischen wurde in einem großen Betriebe am Sonnabend passive Resistenz geübt, und die Anerkennung und Auszahlung des vom Schlichtungsausschuß festgelegten Lohnes verlangt.

Eine Verhandlung mit der betreffenden Firma zeitigte das Ergebnis, daß vier größere Firmen sich bereit erklärten, in der gestrigen Sitzung der Arbeitgeber die Annahme des Schiedsspruches zu befürworten, unter der Voraussetzung, daß bis dahin kein Streikbeschluß gefaßt wird. Beide Referenten empfahlen dringend, mit Rücksicht auf die veränderte Situation, von der sofortigen Arbeitseinstellung abzusehen.

In der sehr eingehenden und durchaus sachlichen Diskussion wurde das Verhalten der Arbeitgeber mit scharfen Worten kritisiert. Die meisten Redner verlangten den sofortigen Streik. Betont wurde, daß es ein bitteres Unrecht ist, den Arbeitern den verdienten Lohn solange vorzuenthalten, wodurch die Kaufkraft für die Beteiligten erheblich gemindert wird. Das Angebot der Arbeitgeber, einen niedrigeren Lohn zu zahlen, wie vom Schlichtungsausschuß festgesetzt, wurde einstimmig abgelehnt. Die Abstimmung ergab den Beschluß, mit geringer Majorität, von einer sofortigen Arbeitseinstellung abzusehen.

Ein weiterer Antrag, Arbeitskräfte nur von dem paritätischen Facharbeitsnachweis, Rückerstr. 9, zu verlangen, wurde ebenfalls angenommen. Heute, 7 Uhr, findet im Saal 3 des Gewerkschaftshauses eine weitere Versammlung der Betriebsräte, Obleute und Vertrauensleute statt, die zu dem weiteren Verlauf der Angelegenheit Stellung nimmt.

Das Hauptgesundheitsamt verhandelt nicht.

Man schreibt uns:

„Der Direktor des Kinderkrankenhauses Reinickendorfer Straße entließ eine seit mehreren Jahren im Dienste der Stadtgemeinde stehende Krankenschwester fristlos, weil sie auf einem Anstaltsgaskocher ein Stück Fleisch gebraten hat. Der Vertreter des Beamtenausschusses, Prof. Sommerfeld, hat dieser Entlassung zugestimmt. Auf die Beschwerde der Organisation hat weder dieser „Arbeitnehmervertreter" noch der Direktor Franke reagiert, weil nach ihrer Auffassung nur der Kommunalbeamtenverband als Vertretung der Schwestern in Betracht komme. Der Bürgermeister Ritter, bei dem die Schwester persönlich vorstellig wurde, hat diese Entlassung als ungerecht befunden und seinen Standpunkt dem Medizinalrat Dr. Rabnow telephonisch mitgeteilt. Die beiden Herren sind übereingekommen, daß die Schwester — die während ihrer dreijährigen Tätigkeit im Kinderkrankenhaus nicht einen einzigen dienstlichen Tadel hatte — in städtischen Diensten weiter zu beschäftigen sei. Statt dessen bot ihr der Direktor des Gesundheitsamtes Prof. Hoffmann eine Privatstellung auf Wyk gegen freie Kost und Logis und einen monatlichen Barbetrag von — eintausend Mark an. Eine Beschwerde der Organisation an das Hauptgesundheitsamt wurde wie folgt beantwortet:

„Wir sind nicht in der Lage, den dortigen Einspruch gegen die fristlose Entlassung der Probeschwester Martha B. vom Kinderkrankenhaus berücksichtigen zu können, da der dortige Verband nicht als zuständige Arbeitnehmervertretung der Probeschwestern anzusehen ist. Die in den städtischen Krankenanstalten beschäftigten Probeschwestern werden vom Beamtenausschuß vertreten, welcher der fristlosen Entlassung zugestimmt hat. — J. Nr. 587, Dienstbl. Teil I. — Unter diesen Umständen dürfte es sich erübrigen, auf die hinsichtlich des vorliegenden Falles gezogenen Folgerungen einzugehen. J. A.: gez. Hoffmann."

Die Antwort des Gesundheitsamtes dürfte es verständlich erscheinen lassen, daß der in Betracht kommenden Schwester von dem Direktor Franke, wie auch von dem famosen Arbeitnehmervertreter Prof. Sommerfeld folgende zynische Frage gestellt wurde: „Na, was hat Ihnen denn der Verband genützt?"

Dieser Fall ist nicht der einzige im Kinderkrankenhause. Vordem sind drei Schwestern, weil sie sich angeblich verheiratet haben, unter völliger Außerachtlassung der rechtlichen Vorschriften entlassen worden. Beschwerden bei der Verwaltung, bei dem sogenannten Beamtenausschuß und beim Gesundheitsamt hatten keinen Zweck. In allen diesen Fällen handelt es sich um freigewerkschaftlich organisierte Schwestern, die der rücksichtslosen Agitation des Kommunalbeamtenverbandes, dem die Verwaltungsbeamten zum Teil angehören, Widerstand geleistet haben.

Was sagt der Medizinalrat Dr. Rabnow zu all den Vorgängen? Will er etwa noch ferner dulden, daß Beamte seines Ressorts Beschäftigten die Koalitionsfreiheit, die auf Grund der Reichsverfassung jedem Staatsbürger garantiert ist, in übelster Weise beschneiden?

Wir richten aber auch an den Magistrat die Frage, was er gegen Verwaltungsbeamte zu unternehmen gedenkt, die ihre Eigenschaft dazu mißbrauchen, um für eine gelbe Organisation unter den ihnen unterstellten Beschäftigten zu werben und die sich dagegen Wehrenden maßregeln?"

Postabonnenten

welche die Erneuerung des Abonnements für den nächsten Monat noch nicht vorgenommen haben, müssen sofort das Versäumte nachholen, wenn keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung erfolgen soll

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Helfe, was helfen mag!

Der kommunistische Reichsausschuß der Betriebsräte macht in der „Roten Fahne" bekannt, daß zu dem aufgeschobenen, sogenannten wilden Betriebsrätekongreß auch Jugendliche mitwählen können, „um den berechtigten Wünschen der werktätigen Jugend gerecht zu werden". — „Wahlberechtigt sind somit Arbeiter beiderlei Geschlechts und ohne Unterschied des Alters." Sehr demokratisch! Wenn das nicht hilft, eine starke Vertretung zusammenzubringen, außer der sonstigen Wahlmache in den Betrieben, dann hilft nichts mehr.

In Berlin weiß man sich übrigens auch in den Betrieben zu helfen, in denen „durch Sabotage der Gegner der Betriebsrätebewegung (Wie die Kommunisten diese Bewegung auffassen. D. Red.) bisher keine Belegschaftsversammlung stattfand" zu helfen. Die Befürworter der Betriebsrätebewegung (d. h. eines kommunistischen Betriebsrätekongresses) berufen selbstständig eine Belegschaftsversammlung ein, in der die Kandidaten aufgestellt werden.

Kundgebung der Bankbeamten in Hamburg.

Hamburg, 23. Oktober 1922. (Eigener Drahtbericht.) Im Marmorsaal fand heute eine mächtige Kundgebung der hamburgischen Bankbeamten statt, die vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten einberufen war. Der Versammlung wurde Mitteilung davon gemacht, daß die Ueberstundenverweigerung bis auf ganz wenige Ausnahmen durchgeführt sei, was großen Beifall auslöste. Die Versammlung stimmte nach einem umfassenden Referat einer Entschließung zu, die Ueberstundenverweigerung, die einmütig von allen Organisationen eingesetzt habe, auch geschlossen bis zum vollen Erfolge durchzuführen.

Achtung, Metallarbeiter! Mittwoch abend 6½ Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12: Konferenz sämtlicher Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes, sofern sie auf dem Boden der Amsterdamer Richtung stehen. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Fraktionsvorstandes. 2. Aussprache über unsere nächsten Aufgaben. Referent: Kollege Brandes.

Eintritt nur gegen Vorzeigung der Funktionärkarten und Mitgliedsbücher der Parteien.

Siemens-Schuckert-Charlottenburger-Werk. Mittwoch nachmittag 4½ Uhr: Versammlung sämtlicher Mitglieder der Vereinigten SPD. bei Berger, Levezow-, Ecke Jagowstraße.

Zum Streik bei Krupp in Essen meldet die TU., daß von der Belegschaft des Lokomotiv- und Wagenbaues, die etwa 6000 Mann umfaßt, der überwiegende Teil am Sonnabend die Arbeit nicht wieder aufgenommen hat. Die Firma hat gestern durch Anschlag an den Toren alle diejenigen Arbeiter des Lokomotiv- und Wagenbaues, die am Sonnabend nicht zur Arbeit erschienen sind und länger als zwei Tage unentschuldigt gefehlt haben, gemäß den Bestimmungen der Arbeitsordnung fristlos entlassen. Da mit dem verbleibenden Teil der Belegschaft des Lokomotiv- und Wagenbaues ein ordnungsmäßiger Betrieb nicht ohne vorherige Umstellung möglich ist, ist zugleich der ganze Betrieb des Lokomotiv- und Wagenbaues geschlossen. Bis zur Wiederaufnahme des Betriebes soll den Arbeitern, die am Sonnabend gearbeitet haben, der tarifmäßige Lohn gezahlt werden, doch müssen sie sich täglich zu Schichtbeginn im Betrieb melden.

Die Streikenden und Ausgesperrten haben auf diese Weise Gelegenheit, ihre Pappenheimer kennenzulernen.

Die Eisenbahner Elsaß-Lothringens haben in einer Versammlung eine Entschließung angenommen, in der sie gegen die Verpachtung des Eisenbahnnetzes und gegen das Dekret über die Abschaffung des Achtstundentages protestieren.

Betriebsräte! Gruppe XII und XIII. Die Vollversammlung der Gruppen XII (Staatliche und kommunale Behörden) und XIII (Verkehr) findet nicht im Gewerkschaftshaus, sondern in den Zentral-Festsälen, Alte Jakobstr. 32, statt. Wir bitten um Kenntnisnahme und zahlreichen Besuch.
Freigewerkschaftl. Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller. Dienstag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus Generalversammlung.

AfA-Funktionäre der Metallindustrie! Mittwoch 6½ Uhr im großen Saal der Germaniafälle, Chausseestraße 110, Versammlung der AfA-Funktionäre der Groß-Berliner Metallindustrie, in welcher Bericht gegeben werden wird über die letzten Manteltarif- und Schlichtungsverhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller. Es werden wichtige Beschlüsse gefaßt werden müssen. Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß jeder AfA-Funktionär pünktlich zur Stelle ist. Mitgliedsbuch eines AfA-Verbandes legitimiert.

Aus der Partei.

Bezirksparteitag für Schleswig-Holstein.

In Neumünster trat der diesjährige Bezirkstag für Schleswig-Holstein als Einigungsparteitag zusammen. Die Grüße des Parteivorstandes überbrachte Otto Wels. Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein, Genosse Kürbis, würdigte die erfolgte Einigung. Dem Bericht des Bezirksvorsitzenden Genossen Verdieck ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im Berichtsjahre zurückgegangen und das Verhältnis der weiblichen Mitgliederzahl zur männlichen gegen die Vorkriegszeit ungünstiger geworden ist. Der Parteipresse bereiten die kleine Provinz- und die Generalanzeigerpresse schwere Schmutzkonkurrenz. Die Dänenpresse wird zu einem monatlichen Bezugspreis von 15 M. vertrieben. Die Agitation für die Presse müsse daher mehr belebt werden. In Altona allein haben sich bisher über 700 Mitglieder bereit erklärt, doppelten Beitrag zu zahlen. Die Mindestwochenbeiträge wurden vom Bezirkstag auf 8 M. für Männer und 4 M. für Frauen festgesetzt; in rein ländlichen Ortsvereinen kann der Beitrag ausnahmsweise 6 bzw. 3 M. betragen. Die besonderen Kosten der Kreisorganisationen sollten durch Umlageverfahren von den angeschlossenen Ortsvereinen eingezogen werden. Die Vorschläge der Bezirksvorstände der SPD. und USPD. über die Einigung wurden einstimmig angenommen. Ueber die politische Lage referierte Genosse Wels. Am zweiten Tage hielt die Genossin Schröder ein Referat über „Die Stellung der Frau in der Politik". Beiden Referaten folgte eine stundenlange Aussprache, die sich auf bemerkenswerter Höhe hielt. Besonders trat die Frage in den Vordergrund: Kann durch die Notverordnung des Reichspräsidenten ein weiteres Hinabgleiten in die Katastrophe verhindert werden? Auch die Grenzpolitik der Partei im Norden spielte in die Debatte hinein; die Genossen Michelsen und Haberlandt-Flensburg erörterten diese Frage hierauf eingehend unter dem Beifall der überwiegenden Mehrheit des Parteitags. Ein Redner trat für die Erhöhung des Getreide-Umlagepreises ein. Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung gegen den Preiswucher mit den notwendigsten Nahrungsmitteln. Der ordentliche Bezirksparteitag wird künftig nur alle zwei Jahre abgehalten. Ein weiterer Beschluß richtet sich gegen die Kinderarbeit auf dem Lande und fordert einheitliche Regelung der Schulferien.

Bei der Wahl des Bezirksvorstandes wurden zu den bisherigen sechs Beisitzern noch drei weitere von der bisherigen USPD. hinzugewählt. Aehnlich wurde bei der Zusammensetzung der Kontrollkommission verfahren. Ferner entsenden die bisherigen USPD.-Genossen in die Preßkommission der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" und in die fünf Agitationskommissionen der Unterbezirke je ein Mitglied.

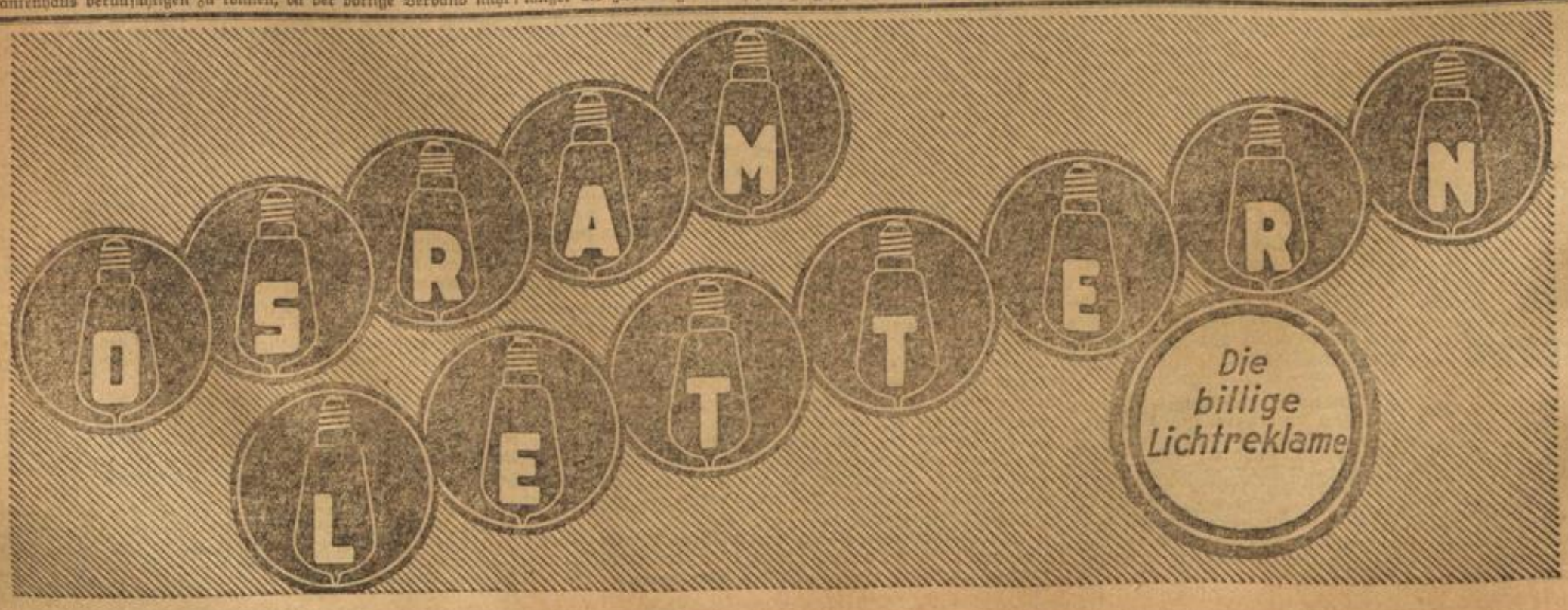
Ein Zurückgekehrter. Der kommunistische Gemeinderat Karl Müller in Bäckingen (Württemberg), ist zur Vereinigten Sozialdemokratie übergetreten. „Es zeigt sich, daß die Einigung auch denkende Kommunisten anzieht" — schreibt das „Neckar-Echo" dazu.

In Aschaffenburg trat an Stelle des im Bezirk mitverbreiteten „Sozialdemokrat" als Organ der Vereinigten Partei die Aschaffenburger „Volkszeitung". In der Beitragsfrage einigte die Generalversammlung der Vereinigten Partei über den Antrag des Bezirksvorstandes hinaus und setzte den Monatsbeitrag auf 30 Mark fest. Es wird eine gemeinsame Zentralbibliothek der Partei und Gewerkschaften geschaffen.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3
Hierzu 1 Beilage

Krankheitserreger, die durch Mund- und Nachenhöhle in den Körper eindringen wollen, werden durch **Pantlavin-Pastillen** abgefangen und unschädlich gemacht. Sie sind daher ein wirksames Schutzmittel gegen Erkältung und Ansteckung, sind angenehm von Geschmack und greifen den Magen nicht an. Von ersten Forschern warm empfohlen. Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstraße 20–21.



Der Stiefel auf der Dollarleiter.

Es wird weniger Schuhzeug gekauft.

Der Stiefel ist tüchtig am Werk, dem Dollar nachzusteigen. An eine Erneuerung der Bekleidung und des Schuhzeuges ist für die meisten schon lange nur noch unter Entbehrungen anderer Art zu denken. Sie können eben nicht wie der Kaufmann mit Radiergummi und Bleistift arbeiten. Sie können nicht die Summe ihres Lohnes willkürlich um den Betrag erhöhen, der ihrer Meinung nach zum Lebensunterhalt zu fehlen scheint. In welcher wirtschaftlichen Lage sich das Schuhgewerbe heute befindet und welche Aussichten sich dem Konsumenten bieten, dafür liefern die folgenden Ausführungen Anhaltspunkte:

Steigende Preise für Rohmaterial.

Der Dollar marschiert in einem Tempo, für das überhaupt kein Geschwindigkeitsmesser existiert vorwärts. Und mit ihm natürlich auch die Preise für alle Rohmaterialien, besonders für die, die aus dem Ausland kommen. **Die Häute, aus denen das Leder gegerbt wird, stammen nur zum allergeringsten Teil von deutschem Vieh, zum großen Teil kommen sie aus außerdeutschen Ländern,** besonders jetzt, wo infolge des starken Rückganges des Fleischkonsums auch die Schlachtungen erheblich abgenommen haben. Die Verarbeiter und Käufer dieser Häute sind im Verhältnis zu anderen Gewerben noch sehr gut daran; unter der Geld- und Kreditnot haben sie weniger als andere Gewerbe zu leiden, und zwar deswegen, weil ein großer Teil dieser Waren **verarbeitet wieder nach dem Auslande zurückgeht** und hierfür neue Devisen hereinkommen, mit deren Hilfe neue Einkäufe vorgenommen werden können. Da die Weltmarktpreise nur geringen Schwankungen unterworfen sind; hat nur der Sorge um die Beschaffung der Mittel, der das Geld in deutscher Währung besitzt und dafür ausländische Devisen beschaffen muß oder wer direkt in deutscher Mark die in ausländischer Währung festgesetzten Preise zahlt. Immerhin klagt auch dieses Gewerbe über **Nachlassen des Umsatzes** und zwar hängt dies in erster Linie damit zusammen, daß die lederverarbeitenden Industrien, wie z. B. das Schuhgewerbe, nicht mehr die früheren Quantitäten abnehmen können. Sich Ledervorräte zu kaufen, dazu fehlen ihnen die Mittel und der augenblickliche Bedarf ist verhältnismäßig gering, da der Absatz an Schuhen nachzulassen beginnt.

Verringerte Produktion.

Das Nachlassen der Beschäftigung in den Schuhfabriken ist nicht nur auf das Nachlassen des Absatzes der Einzelhandelsgeschäfte zurückzuführen, sondern hängt auch damit zusammen, daß die Mittel, mit denen die Fabriken arbeiten, infolge der ständigen Geldentwertung unzureichend sind. Die Banken aber sind in bezug auf Kreditgeben sehr zurückhaltend. **In den Zentralpunkten der Produktion haben schon erhebliche Betriebseinschränkungen stattgefunden,** in Pirmasens, in Erfurt, den Hochburgen der deutschen Schuhfabrikation, mehren sich die Entlassungen von Woche zu Woche, und noch ist das Ende gar nicht abzusehen. Augenblicklich noch kaufen diejenigen, die über einiges Geld verfügen, an Kleidung und Schuhen, was sich nur auftreiben läßt. Gegenstände, die man nicht unbedingt braucht, werden in Geld umgesetzt oder in die Pfandleihe getragen, Sparkassen- und Bankguthaben werden abgehoben, Vorschüsse genommen, nur um die Möglichkeit zu haben, jetzt noch einzukaufen, weil mit einer gewissen Berechtigung die Ansicht vorherrschend ist, daß **das Ende der Teuerung noch gar nicht abzusehen ist.** Trotzdem ist der Umsatz in den Detailgeschäften ständig zurückgegangen. Die Kassen sind zwar mehr gefüllt als je, in Waschkörben wird das Geld in die Banken getragen, aber trotzdem hat der Umsatz, was die Mengen anbetrifft, nachgelassen. **Am meisten gekauft werden noch die besseren Sorten,** denn Leute, die diese Artikel bevorzugen, die können es sich nach wie vor leisten, wenn auch das Paar im Preise um ein paar Tausend Mark mehr in die Höhe geht. Stark zurückgegangen ist der Umsatz im Mittelgenre. Die Stiefel, die der Mittelstand und auch die Arbeiter ehemals als Sonntagsnachmittagsausgehstiefel kaufte, gehen überhaupt nicht mehr. Die arbeitende Bevölkerung begnügt sich mit dem Ankauf der Berufsstiefel, aber auch sie werden, soweit das eben möglich ist, auf das äußerste geschont und länger getragen.

*

Es ist natürlich schwierig, in Zeiten, in denen der Kaufmann mit Bleistift und Gummi arbeitet, Preise zu nennen; sie sind stets überholt. Außerdem kommt es darauf an, wieviel Vorräte vorhanden sind und zu welchen Preisen die Vorräte eingekauft sind. Im allgemeinen ist heute ein brauchbarer Berufsstiefel nicht unter 8000 Mark zu haben. Kinderschuhe und -stiefel kosten in den kleinsten Größen gegen 1500 Mark und steigen an bis 2500 M. Für Damenstiefel muß man ebenfalls, wenn man etwas Brauchbares kaufen will, mindestens 8000 M. anlegen. Wesentlich ist bei den Schuhen die Verarbeitung, das Material für die Sohlen, die Innenausarbeitung usw. Nach oben gibt es eigentlich überhaupt keine Preisgrenze. **Es wird gerade in Schuhzeug ein Luxus getrieben, der alles übersteigt** und der diejenigen, die nicht das Nötigste zum Essen haben und die zusehen müssen, wie für ein Paar Stiefel, ohne mit der Wimper zu zucken, ein Monatseinkommen hingeworfen wird, auf das äußerste erbittern muß.

Die Steuern der Alten.

Ueber die breiten, knarrenden Holztreppen des ehemaligen Hotels fluten Menschenwellen. Täglich Tausende sind es, die hierher beordert und vom Steuerfiskus auf Herz und Nieren geprüft werden. Ein Labyrinth von schmalen, halbdunklen Gängen nimmt sie auf. Die Wände sind beplastert mit papiernen Hinweisen. In die Hunderte gehen die Zimmernummern. Von den Türen, durch die dürftiger Lichtschein fällt, sind die Kleiderriegel und die elektrischen Klingelleitungen längst entfernt. Wo einst überall Betten und Waschtoiletten standen, protzen mächtige Aktenschränke, dicht gefüllt mit den allerpersönlichsten Geheimnissen des Staatsbürgers. Ach, wenn das alles auf die Goldwage käme!

Für die meisten Menschen war es ja früher Ehrensache, den Steuerfiskus zu beschummeln. Heute, bei der mindestens zehnprozentigen Lohn- und Gehaltsabgabe, ist das nicht mehr so gut möglich. Nur die immer noch Hunderttausende, die nicht in festem Lohn stehen, führen einen verzweifelten Kampf um Soll und Haben. Die einen suchen mit allen Finessen die wirkliche Höhe ihrer Einnahmen zu verschleiern, andere haben ein sehr geringes und schwankendes Einkommen, das nur ein Hungerleben ermöglicht, und empfinden jede Besteuerung als eine drückende Last. Woher nehmen? Man trennt sich wieder einmal von einem liebgewordenen Stück aus der schon so arg zusammengeschmolzenen Wirtschaft und verkauft es. Das ist immer noch besser, als wenn der Vollziehungsbeamte mit dem „Vögelchen" anlangt. Solche bitteren Klagen hört man im Labyrinth der Finanzämter massenhaft. Ganz auffallend ist die große Zahl der hierher **vorgeladenen alten Leute.** Trostlos hocken sie auf den wenigen Bänken oder lehnen, auf den Alterestock gestützt, an den Wänden, bis nach langer Wartezeit an sie die Reihe kommt, und wettern über das Elend unserer Zeit. Es will ihnen nicht in den Sinn, daß auch sie noch Steuern zahlen sollen von ihrem Wenigen, wenn Milliarden von Schieber- und Valutagewinnen nicht erfaßt werden.

Und wie oft stellt sich ihre Ladung nach dem Steuerkriminalgericht als recht unnötig heraus! Niemand ersetzt ihnen das Fahrgeld von einem vielleicht weit entlegenen Vorort. Schimpfend humpeln sie die Treppen hinab und ereifern sich in allen Variationen über das Heinrich Heine Wort: Ein Recht zum Leben haben nur, die etwas haben!

Neue Brotpreiserhöhung.

Auch das Markenbrot wird teurer.

Die **Ernährungsdeputation** beriet gestern über die durch die kommende **Mehlpreiserhöhung** geschaffene Lage. Die Reichsgetreidestelle hat ihre Mehlpreise vom 30. Oktober ab **um fast 200 Proz. erhöht.** Ferner steigen die, neben der Mehlpreiserhöhung allerdings nicht wesentlich ins Gewicht fallenden, zum letztenmal im Juli berechneten Unkosten von der Ueberweisung des Mehls durch die Reichsgetreidestelle an bis zu seiner Ankunft beim Bäcker. Auch die **Bäckerunkosten** haben sich in den letzten Wochen wieder **erhöht** und werden mit dem 20. Oktober erneut steigen. Die Ernährungsdeputation beschloß auf Grund genauer ihr vorliegender Kalkulationen, dem Magistrat vorzuschlagen, den Preis des **Großbrots von 1900 Gramm** vom 30. Oktober ab **auf 98,50 Mark,** den der Schrippe von 50 Gramm auf 3,50 M. festzusetzen. Gegenüber der Roggenmehlpreiserhöhung der Reichsgetreidestelle von rund 186 Proz. beträgt die Verteuerung des Großbrotpreises rund 124 Proz. Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß 1900 Gramm **freies Brot** in der laufenden Woche bereits 263,20 M. kosten.

Wasserpreis nach dem Klauselsystem.

Die sich überstürzenden Preiserhöhungen aller Betriebsstoffe zwingen auch die Wasserwerke, zu einem **automatisch wirkenden System der Steigerung der Wasserpreise** überzugehen, das lediglich von dem Steigen der Selbstkosten und der Notwendigkeit, die Werke in brauchbarem Zustande zu erhalten, ausgeht. Wenn die der Stadtverordnetenversammlung zurzeit vorliegende Teuerungsklausel eine Kohlenklausel ist, so hat das seinen Grund darin, daß der **Kohlenpreis** zurzeit die **Inderziffer** der allgemeinen Verteuerung bei Werksbetrieben darstellt. Im Gegensatz zu dieser von den etwa ¾ des Stadtgebietes versorgenden städtischen Wasserwerken vorgeschlagenen Berechnungsart steht die bei der Charlottenburger Wasser- und Industriewerke-A.-G. geübte Methode, nach der die Wasserpreise am Schlusse jedes Vierteljahres auf Grund der tatsächlich eingetretenen Mehrausgaben für das abgelaufene Vierteljahr berechnet werden. Die **Notwendigkeit des Klauselsystems** tritt gegenüber der bei der Stadt bisher üblich gewesenen Einzelbewilligung durch die städtischen Körperschaften am klarsten zutage bei dem Vergleich der Wasserpreise der städtischen Werke in dem verflossenen Vierteljahr Juli/September 1922 mit den den Charlottenburger Wasserwerken auf Grund ihrer Klausel zustehenden Preise. Während bei den städtischen Wasserpreisen der Wasserpreis von den städtischen Körperschaften nicht höher als 3,50 Mark bemessen worden ist und weitergehende Anträge des Magistrats von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt worden sind, beträgt der Wasserpreis, den die Charlottenburger Wasserwerke für das genannte Vierteljahr erhalten werden, 6 Mark, also 2,50 Mark für ein Kubikmeter mehr. Während letzterer Preis den Verhältnissen gut entspricht, die Gesellschaft vor Verlusten bewahrt und auch die Zahlungsfähigkeit der Hausbesitzer nicht übersteigt, werden die **städtischen Wasserwerke** bei dem ihnen bewilligten Wasserpreise mit einem **erheblichen Verluste** abschneiden.

Ein „genialer" Mann.

Der Kanal über die Berge.

Seit November vorigen Jahres hielt sich hier ein angeblicher Marineingenieur Henry **Lander** auf, der sich als **Heiratsschwindler** betätigte. Er schwindelte seinen „Bräuten" vor, daß er aus Reval zu dem Zweck nach Berlin gekommen sei, um von großen deutschen Firmen Eisenbahnmaterial einzukaufen. Obwohl er nicht gerade elegant gekleidet war, gelang es ihm doch, die Damen derart für sich einzunehmen, daß ihm nach und nach größere Summen zuflossen. Da er **gleichzeitig 3 „Bräute"** hatte, fehlte es ihm nicht an Geld. Seinen Bräuten, die er sowohl in Deutschland, wie im Auslande hatte, hatte er die Ehe versprochen und sich offiziell mit ihnen verlobt. Eine der Damen stellte ihm **den Rest ihres Vermögens** in Höhe von 120 000 M. bereitwilligst zur Verfügung. Der **Hauptschwindel,** mit dem er operierte, war der, daß er vorgab, er habe von der brasilianischen Regierung einen Auftrag, **einen 76 Kilometer langen Kanal in 600 Meter Höhe** über dem Meeresspiegel durch mehrere Gebirgszüge zu legen, der nicht weniger als 30 Schleusen haben sollte. Ein Berliner Journalist fiel auf den Schwindel ebenfalls hinein und würdigte in einer bekannten Berliner Tageszeitung das Projekt als eine geniale Erfindung. Diese Presseäußerung vergrößerte natürlich seinen Kredit. Die brasilianische Gesandtschaft in Berlin erklärte aber das Ganze für einen Schwindel, und nun konnten die Behörden eingreifen. Als er zuletzt noch einen gutangelegten Schwindel zum Nachteil des Staates in Szene setzen wollte, und er sich bereits in den Besitz notarieller Urkunden gesetzt hatte, die ihm ohne weiteres **8 Millionen Mark** eingebracht hätten, wurde er verhaftet. Man fand bei ihm 6000 M. an barem Gelde und die notariellen Urkunden über 8 Mill. M. Nach Ermittlung der Kriminalpolizei dürfte es sich um einen **Hotelschwindler** Namens **Nielsen** handeln, dessen Mutter eine geborene Lander ist. In seinem Besitz befanden sich nicht weniger als **sechs Auslandspässe,** die aber sämtlich von auswärtigen Gesandtschaften ausgestellt sind, nicht aber von seiner Vaterstadt Kopenhagen. Lander hat nachweislich die ganze Welt bereist und

---

41] **Sachawachiak der Eskimo.**

Von Ejnar Mikkelsen.

An einem Herbsttage kam er von einer Jagdtour zurück. Die Sonne schien, das Meer war blau, es war warm, und Sachawachiak saß fröhlich im Achterteil des Umiaks, der schwerbelastet mit Fellen und Fleisch und verschiedenem Hausrat nach Westen zur Flarmann-Insel, zur Heimat hineilte, mit seiner ganzen Familie, seiner Welt an Bord.

Sachawachiak freute sich, als er sich seiner Insel näherte — da fühlte er sich zu Hause, und konnte ganz ruhig vor den Weißen sein; ihre Jagdgründe lagen jetzt viel weiter nach Osten, er brauchte keine Furcht zu hegen, daß sie jemals dahinkommen und ihn von der Freistatt, die er vor vielen Jahren gefunden, vertreiben würden. Nein, alles war gut jetzt, er hatte die Ruhe und den Frieden gefunden, nach denen er sich immer gesehnt.

Aber als er um die Landzunge herumfuhr, wurde sein Auge stier und starr, ein Stich fuhr ihm durchs Herz. War der Friede trotz allem nur ein Traum? — Denn dort, im Schutze der Insel, in dem schmalen Streifen Wasser, lag ein Schoner und sein geübtes Auge sagte ihm sofort, daß er nicht auf der Fahrt war wie die vielen anderen Schiffe, die er im Laufe der Jahre gesehen hatte. Nein, der war gekommen, um zu bleiben. Die Segel waren heruntergelassen, und der Schoner war vom Bug bis zum Achter mit Segeltuch zugedeckt. Sollte er wirklich wieder vertrieben werden und sich eine andere Freistatt vor dem weißen Mann suchen müssen?

Stumm ließ er seine Segel herunter und paddelte den Umiak nach der Küste hin, band ihn fest und fing an, die Last an Land zu tragen. Er arbeitete, daß ihm der Schweiß herunterlief, aber seine Gedanken waren weiter westlich, an Bord des Schoners. Wer war das, was wollte der hier, war der Frieden nun wirklich vorbei?

An Bord des Schoners hatte man den Umiak um die östliche Spitze der Insel biegen sehen und freute sich; denn die Schute war gekommen, um zu bleiben, und die Besatzung war froh darüber, Eskimos auf der Insel zu treffen, eine kleine Abwechselung für den kommenden Winter, Leute, von denen man Fleisch und Schinken kaufen konnte.

Sachawachiak ging nicht zu den Weißen hin. Wenn sie ihn sprechen wollten, wußten sie ja, wo er zu finden war, denn er konnte deutlich an ihren Spuren sehen, daß sie bei seinem Haus gewesen, und nicht weit davon hatten sie tiefe Löcher in die Erde gegraben. Wunderliche Weiße, worauf waren sie denn nun verfallen?

Ein paar Tage nach seiner Heimkehr, gerade als der Winteriglu instand gesetzt, und er eingezogen war, hörte er Schritte draußen, die Tür wurde aufgestoßen und dort, in der Oeffnung, standen zwei weiße Männer.

Sie lachten. „Guten Tag", sagten sie in einer Sprache des weißen Mannes, „dürfen wir hereinkommen?" — Sachawachiak nickte stumm, er konnte den Kampf ebenso gut jetzt, wie später aufnehmen.

Die Weißen nahmen Platz und sprachen viele Worte, die er nicht verstand, aber Douglamana setzte den Kochtopf aufs Feuer und bot den Weißen zu essen an. Sie aßen mit und lachten. Wunderliche Leute, es waren Weiße und doch waren sie anders als die, die Sachawachiak früher gekannt hatte, und das Merkwürdigste von allem war, sie sprachen kein Wort in seiner Sprache, Pelzhändler konnten es also nicht sein.

Durch Zeichen machten sie ihm verständlich, daß er mit ihnen an Bord gehen sollte, und von Douglamana und den Jungen gefolgt, gingen sie alle zu dem Schoner hin, wobei sich Sachawachiak beständig über die Fremden wundern mußte.

Und auch das Schiff war anders als die gewöhnlichen Walfischfängerschuten oder Handelsschoner. Die Kajüte war groß und geräumig, überall befanden sich merkwürdige Instrumente, auf den Brettern standen Bücher, Bilder waren auch vorhanden, und in einer Ecke lagen, sorgfältig abgezogen, die Felle von den am häufigsten vorkommenden Tieren des Landes, aber keinerlei Handelswaren.

Vorne im Schiff befand sich ein Mann, der etwas eskimoisch sprach, er wurde nach hinten geholt, und von ihm erfuhr Sachawachiak einiges über die sonderbaren Weißen.

„Nicht Walfische fangen, nicht handeln, nicht Felle kaufen, gar nichts machen," war die Auskunft, die er von dem sprachkundigen Weißen erhielt. „Land suchen, Schlittenreisen, viele Hunde, viel Fleisch," war das nächste, was er über die Absichten der Weißen erfuhr. Und dabei blieb es. Der Wortvorrat war aufgebraucht; aber um Sachawachiak herum saßen Männer und lasen in großen Büchern, sie lachten und sagten Worte, eskimoische Worte, die merkwürdig kurz und ohne Sinn und Zusammenhang waren, und so in den Büchern der Weißen standen.

Sachawachiak fing an, sich zu beruhigen. Diese hier waren andere Weiße, als die er früher getroffen hatte, die taten sicher niemandem etwas. Und er blieb lange an Bord, es war so viel Neues da, was er noch nie vorher auf einem Walfischfängerschiff gesehen hatte.

Als er am Abend den Schoner verließ, bekamen er, Douglamana und die Jungen Geschenke, ohne daß dafür etwas verlangt wurde, und die beiden Männer, die er für Kapitäne hielt — ja, was konnte der Andere sonst sein? Steuermann war er offenbar nicht — also doch wohl auch Kapitän — aber wer hatte je zwei Kapitäne auf einer Schute gesehen? — baten ihn, bald wiederzukommen.

In dieser Nacht schliefen Douglamana und Sachawachiak nicht; sie sprachen von den Weißen, von den merkwürdigen Leuten, die nach ihrer Insel kamen und nicht handeln, keinen Walfisch fangen, kein Fleisch kaufen, nicht das mindeste Nützliche unternehmen, sondern Land suchen wollten —. Aber was für ein Land? Die Eingeborenen konnten zu keinem Resultate gelangen, solche Weiße hatte Sachawachiak noch niemals getroffen. Was wollten die Menschen, sie waren doch nicht etwa Missionare?

Es dauerte jedoch nicht lange, bis Sachawachiak soviel von dem Wesen der Weißen verstand, daß es ihm klar wurde, sie wären keine Missionare; sie wollten über das Eis nach Norden, über das Packeis, das schreckliche Treibeis, das so viele seiner Stammesgenossen gefordert hatte. Er verstand nicht ganz, was sie dort wollten, aber das war ja ihre Sache, das ging ihn nichts an, und er konnte nur froh sein, daß sie auf das Packeis hinaus wollten, um so eher wurde er sie los, von da kam niemand zurück.

Der Winter verging und Sachawachiak wurde gut Freund mit den Weißen an Bord des Schoners, besonders mit den beiden, die zuerst zu ihm gekommen waren, den beiden Kapitänen; der eine hieß Mr. Hodley, der andere — na ja, das war ein schweres Wort, das konnte er nicht aussprechen, Migi nannten ihn daher die Eskimos.

Sachawachiaks Furcht vor den Weißen war ganz verschwunden, diese hier waren nicht gefährlich. Und als er sich das erst klargemacht hatte, half er ihnen auf alle Arten und wurde ein häufiger und gern gesehener Gast an Bord des Schoners. Und im Winter, wenn der Sturm heulend über das Land fuhr, saß er oft über große Karten gebeugt, unten in der Kajüte bei seinen Freunden, die nun seine Sprache so einigermaßen sprechen konnten.

(Fortsetzung folgt.)

scheinbar überall vom Schwindel gelebt. Geschädigte können sich beim Kriminalassistenten Kleiner im Zimmer 44 des Polizeipräsidiums melden.

23 Jahre Konsum.

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend veröffentlicht den Bericht über ihr 23. Geschäftsjahr, das mit dem 30. Juni 1922 abschließt. Das Gesamtbild der Entwicklung des letzten Geschäftsjahres zeigt eine erfreuliche Aufwärtsbewegung in allen Betriebszweigen; auch das finanzielle Ergebnis hebt sich günstig von dem des Vorjahres ab, indem den Mitgliedern an Rückvergütung statt 1½ Prozent des Umsatzes gleich 3 151 137 M. im Vorjahre, für 1921/22 2 Prozent gleich 16 902 659 M. zur Verfügung stehen. Die darüber hinaus bilanzmäßig ausgewiesene Erübrigung beträgt 827 061 M. (im Vorjahre nur 21 458 Mk.); sie wird restlos zur Stärkung der Reserven verwandt werden. Aus der geschäftlichen Entwicklung verdienen folgende Ziffern festgehalten zu werden: Die Zahl der Lebensmittelverkaufsstellen erhöhte sich durch Neueröffnung und Uebernahme des Zehlendorfer Konsumvereins von 145 auf 455; außerdem besitzt die Genossenschaft zwei Fleischverteilungsstellen in Charlottenburg und fünf Warenhäuser, von denen zwei im letzten Jahre zur Eröffnung gelangten. Der Umsatz der Warenhäuser beziffert sich auf 45 Millionen Mark. — Unter den Produktionbetrieben ragt die Bäckerei hervor, ihre Gesamterzeugung erhöhte sich von 44 auf 112 Millionen Mark. Die Steigerung des Umsatzes der Bäckereiprodukte ist höher (153 Prozent) als die des Gesamtumsatzes (135 Prozent), ein Zeichen für die wachsende Leistungsfähigkeit dieses Zweiges der Eigenproduktion. — Der Gesamtumsatz beläuft sich auf 546 709 471 Mark gegenüber 232 071 459 Mark des Vorjahres, eine Steigerung um 314 638 017 M., die allerdings zum übergroßen Teil auf die Geldentwertung zurückzuführen ist. Als Moment des Fortschrittes ist weiter zu verzeichnen, daß die Beteiligung der Mitglieder eine regere geworden ist. Während im Vorjahre 69 Prozent der Mitglieder durch Abgabe eines Markenheftes ihre Beteiligung am Einkauf nachwiesen, beträgt die entsprechende Ziffer im Berichtsjahr 73 Prozent. — Die Sparkasseneinlagen der Mitglieder erhöhen sich von rund 42 Millionen auf 62 Millionen Mark, ein Zeichen des starken Vertrauens der Mitglieder zu ihrem eigenen Unternehmen. Die Zahl der Geschäftsstellen steigerte sich entsprechend der Ausdehnung der einzelnen Betriebszweige von 2216 auf 2562. Leider zwingen die Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse und durch die Geldentwertung verursachter Kapitalmangel die Genossenschaft zur Beschränkung des Ausdehnungsdranges; Pflicht der Mitglieder wird es sein, durch rege Einzahlung auf die erhöhten Geschäftsanteile (9000 M.) das Eigenkapital zu stärken und so der Verwaltung die Möglichkeit zu geben, auf sicherer Grundlage den Ausbau stärker ins Auge zu fassen. Es ist notwendig, daß die in der Bilanz ausgewiesenen 10 Millionen Geschäftsguthaben sich im Laufe des neuen Geschäftsjahres auf mindestens 50 Millionen erhöhen.

Die Generalversammlung, in der der Geschäftsbericht und die Bilanz zur Erörterung steht, findet am Donnerstag, den 26. Oktober, abends 6 Uhr, in der „Neuen Welt", Hasenheide, statt. Es ist dringendste Pflicht aller Genossen, rechtzeitig dort zu erscheinen, um bei den Wahlen zum Aufsichtsrat der Vorschlagsliste des Genossenschaftsrates, die mit dem Namen Beithe beginnt, zum Siege zu verhelfen. Es ist leider damit zu rechnen, daß auch in die rein wirtschaftlichen Aufgaben dienende Konsumorganisation die Kommunisten durch Aufstellung einer kommunistischen Sonderliste ihre Zersplitterungstaktik zu tragen versuchen. — Deshalb, Genossen, erscheint vollzählig in der Generalversammlung und schützt Euer Unternehmen vor der Minierarbeit kommunistischer Saboteure!

Arbeiter-Bildungsschule Groß-Berlin.

Die Schule hat in diesem Quartal ihre Unterrichtstätigkeit mit folgenden Kursen begonnen: 1. Seminar für Theorie und Praxis der modernen Arbeiterbewegung. Leiter: A. Stein. Kursusabend: Donnerstag, 7 Uhr. 2. Geld- und Kreditwesen: Entstehung, Wesen und Bedeutung des Geldes, Währung und Valuta, Kredit-, Geldverkehr, Geldentwertung und Inflation vor dem Kriege, Währungsform und Marktstabilisierung, Inflation und Steuern. Vortragender: Dr. Wilhelm Necker. Kursusabend: Freitag, 8 Uhr. 3. Philosophie des Sozialismus. Die philosophischen Grundlagen der politischen Parteien mit Rücksicht auf den Sozialismus. Das Prinzip der staatserhaltenden Parteien (Konservatismus und Reaktion), Liberalismus und Freiheitsparteien, Reformismus, Marxismus, Kommunismus, Demokratie und Sozialismus. Vortragender: Dr. Helmuth Falkenfeld. Kursusabend: Freitag, 8 Uhr. — Kursuslokal für alle drei Kurse: Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17. Das Hörergeld beträgt 25 M. für den Kursus. — Für alle drei Kurse können sich noch Hörer am Vortragsabend melden, da im zweiten Vortrag das Wesentlichste im ersten Gesagte wiederholt wird.

Eine Bitte für unsere Kleinsten.

Von der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde gehen uns folgende Zeilen zu: „Mit freundlicher Unterstützung der Bezirksämter Mitte und Friedrichshain wird von der „Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde" in der Blumenstraße 77 ein Kinderhort zunächst in den Wintermonaten weitergeführt, der geschlossen werden sollte. Die Räume müssen jedoch etwas freundlicher ausgestattet werden, damit sich unsere Kleinen darin auch wohl fühlen. Auch die vorhandene Einrichtung, Tischchen und Stühlchen, muß etwas hergerichtet werden. Wir richten darum an unsere Genossen, Maler und Tischler, die herzliche Bitte, unseren Kleinen den Liebesdienst zu erweisen und ihre Hilfe uns freiwillig zur Verfügung zu stellen zur freundlichen Ausstattung der Räume, damit sie zu einem behaglichen Aufenthaltsort für unsere schutzbedürftigen Lieblinge werden. Das hierzu erforderliche Material steht zur Verfügung. Genossen, die hierzu bereit sind, wollen sich recht bald bei G. Sabath, SO 16, Engeluser 24/25 I, melden, da der Hort bereits am 1. November eröffnet werden soll."

Diebeshenke. Bei einem Einbruch in die Wohnung eines dänischen Kaufmanns Spanholm in Charlottenburg haben Diebe Geld und Wertsachen im Gesamtwerte von fünfzig Millionen Mark erbeutet. Aus dem Museum für Meereskunde stahl ein unbekannter Besucher einen schweren Geschützbestandteil im Werte von 100 000 Mark.

Großfeuer kam am Montag aus noch nicht ermittelter Ursache in der Hochmeisterstraße 20, an der Franseckistraße, in einem von mehr als 40 Parteien bewohnten Grundstück zum Ausbruch. Als die Gefahr bemerkt wurde, schlugen die Flammen schon hell aus dem Dache und Bodenfenstern vermischt mit dichtem Qualm empor. Die Feuerwehr nahm vier Schlauchleitungen vor und gab stundenlang kräftig Wasser. Der Dachstuhl muß erneuert werden, auch haben die oberen Geschosse und Treppenaufgänge durch Wasser gelitten. Der Schaden ist bedeutend und trifft besonders hart die Mieter.

Schiffsunglück. Auf der Fahrt von Stockholm nach Dönköping ist der Dampfer „Victor Rydberg" gestrandet und gesunken. Zwei Maschinisten und ein Passagier sind ertrunken.

Attentat gegen das polnische Senatsgebäude. Das im Bau befindliche Senatsgebäude in Warschau ist infolge einer Brandstiftung teilweise den Flammen zum Opfer gefallen. Den Bemühungen der Feuerwehr gelang es, den Brand zu löschen. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung. Bezirk 7 (Charlottenburg): Dienstag 7 Uhr Schiller-Realgymnasium, Schillerstr. 10; Bezirk 15 (Niederschönweide): Donnerstag 7 Uhr Schulaula Niederschönweide.

Mieterverband Schöneberg. Donnerstag 8 Uhr öffentliche Mieterversammlung in der Hohenzollernschule, Belziger, Ecke Eisenacher Straße. Es sprechen Genosse Prof. Dr. Chajes über „Wohnungsnot und Volksgesundheit" und Rechtsanwalt Dr. Engel über „Die Mietesschlungen am 3. November".

Die Not der Rheinlande.

Am Montag befaßte sich der Landtag mit den verschiedenen Großen Anfragen über das Elend am Rhein. Zunächst kam, wie bereits gestern in der Abendausgabe mitgeteilt wurde, der Fall Smeets zur Sprache. In seiner Beantwortung dieser Anfrage erklärte

Ministerpräsident Braun:

Der hier zur Verhandlung stehende Fall eines unberechtigten schweren Eingriffs der Rheinlandkommission in die Rechte der deutschen und preußischen Regierung im besetzten Gebiet wirft wieder einmal ein grelles Schlaglicht auf die Zustände, die sich dort herausgebildet haben, und zeigt mit aller Deutlichkeit die Schwierigkeiten, auf die die Organe der Reichs- und Staatsregierung dort bei der ordnungsmäßigen Erfüllung ihrer Dienstpflicht unablässig stoßen. Die Rheinlandkommission hat eine große Anzahl von Verordnungen geschaffen, welche die weitgehendsten

Eingriffe in die deutschen und preußischen Hoheitsrechte

bedeuten. Der unerhörte Eingriff im

Falle Smeets

geht über alles hinaus, was auf dem Gebiete der Willkür bisher geleistet worden ist. Wie sollen die deutschen Behörden für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für Ruhe und Sicherheit sorgen, wenn es erlaubt sein soll, daß jemand, der sich der gröbsten Beschimpfungen des Repräsentanten des Reichs, des Reichspräsidenten, schuldig gemacht hat, straflos ausgeht? (Zuruf des Abg. Schulz-Neukölln [Komm]: Drücken Sie doch nicht so geflissentlich Ihre Sympathie für Herrn Smeets aus! — Zurufe rechts: Schamlos!) Nicht nur der Eingriff in die Rechte der preußischen Justiz, sondern auch die Begründung dieses Eingriffs fordert zum schärfsten Widerspruch heraus. Da wird gesagt, die Kommission sei der Auffassung, die deutschen Behörden hätten sich bei der strafrechtlichen Verfolgung des Smeets nicht von der reinen Sorge um die Gerechtigkeit, sondern von einer politischen Stellungnahme leiten lassen. Der Bescheid der Rheinlandkommission macht nicht einmal einen schwachen Versuch, diesen unerhörten Vorwurf auch nur zu begründen.

Ich beabsichtige nicht, mich mit den Urteilen, deren Vollstreckung verhindert worden ist, zu beschäftigen, ich will mich auch nicht mit der Person des Herrn Smeets weiter befassen. Die Staatsregierung hat nach Bekanntwerden des Eingriffs sofort

alles getan, um seine Wiederbeseitigung zu erlangen.

Die Botschafter der Regierungen der Besatzungsbehörden sind angewiesen worden, von diesen Regierungen zu verlangen, daß sie die Rheinlandkommission anweisen, den erfolgten Uebergriff ungeschehen zu machen. Es ist ganz ungeheuerlich, wenn

der Repräsentant des Deutschen Reichs schutzlos den gröbsten Angriffen preisgegeben

ist; der Reichspräsident kommt dadurch auch im Verkehr mit den diplomatischen Vertretern dieser Staaten in eine überaus peinliche Lage. Ich hoffe, daß es gelingt, die Rückgängigmachung zu erreichen. Der Einwurf, daß die Rheinlandkommission selbständig sei, trifft nicht zu. Die Rheinlandkommission läßt andererseits den Vertretern ihrer Rechte, den Besatzungsbehörden, den Truppen und ihren Angehörigen und deren Familien den weitestgehenden Schutz zuteil werden; schon die nicht respektvolle Haltung von Privatpersonen gegenüber französischen Kindermädchen oder afrikanischen Soldaten ist danach mit schwerer Strafe bedroht. Es ist nötig, im Zusammenhang damit die Stimmung der Bewohner des Rheinlandes zu kennzeichnen.

Es ist eine Kulturschande sondergleichen, wie die Bevölkerung dieses Gebietes den sinnlichen Begierden der afrikanischen Soldaten ausgesetzt ist. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Roheitsdelikte aller Art kommen dazu. Den Besatzungsbehörden ist es nicht in allen Fällen gelungen, ausreichende Sühne herbeizuführen. Auch wenn die Besatzungstruppen untereinander zu Gewalttätigkeiten übergehen, sind die Lastragenden meist die deutschen Behörden und die deutsche Bevölkerung. Ich erinnere hier besonders an den

Fall von Oberkassel.

Bisher ist den beteiligten Personen, besonders den verhafteten und außerordentlich skandalös behandelten Personen jede ausreichende Genugtuung versagt worden. (Lebhaftes Hört, hört!) Auch die wirtschaftlichen Folgen der Besetzung sind ungeheuer groß. Große fruchtbare Ackerflächen werden trotz der großen Ernährungsnot für militärische Zwecke beschlagnahmt. Trotz der großen Wohnungsnot werden wir mit

riesigen Kasernenbauten für die Besatzungstruppen

belastet. Durch die Einquartierung von Besatzungstruppen und ihrer Angehörigen wird eine Atmosphäre geschaffen, die vielen dort wohnenden Familien geradezu zur Unerträglichkeit geworden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe während meiner Anwesenheit im besetzten Gebiet Gelegenheit gehabt, Einblick in einzelne Familien zu tun, die seit Jahr und Tag unter der Einquartierung zu leiden haben. Zu den Besatzungstruppen selbst kommen ja noch ihre Angehörigen, nicht nur Frauen und Kinder, sondern auch Schwiegermutter, Schwester usw. (Lebhaftes Hört, hört!) Die kleinlichen und gehässigen Schikanen gerade dieser Angehörigen machen der Bevölkerung das Leben zur Qual.

Das Verhalten der interalliierten Agenten und sonstiger willfähriger Subjekte verschärft noch die Atmosphäre des Mißtrauens. Dabei wird von französischer Seite eine Kulturpropaganda getrieben; die Bevölkerung soll noch zur Liebe gezwungen werden. (Lachen.) Schlimmer und wirkungsvoller kann diese Kulturpropaganda nicht bekämpft werden als durch das Vorgehen der Besatzungsbehörden und der Zivilbesatzung. (Lebhaftes Sehr wahr!)

Die angebliche geistige Durchdringung ist nichts weiter als die Korrumpierung einzelner,

die nicht mehr den Anspruch auf den Namen Deutsche erheben können. Dabei wird von französischer Seite auf die Unterdrückungen vor der Kriegszeit hingewiesen. Ich muß auf das entschiedenste bestreiten, daß das Verhalten der Soldaten afrikanischen Ursprungs, die jetzt am Rhein einherstolzieren und dem Aufbau in Frankreich fehlen (Lebhaftes Sehr richtig!), in irgendeine Beziehung gesetzt werden kann zu dem, was in den dunkelsten Zeiten der Reaktion der rheinischen Bevölkerung angetan worden ist. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Für die Staatsregierung kann ich erklären, daß weiter alles geschehen wird, was in ihren Kräften steht. (Beifall.)

Es ist traurig, daß sich Elemente gefunden haben, die Rheinlande vom Reiche loszulösen. Französisches Geld hat diese Bestrebungen genährt. Teils sagt man es offen, teils betreibt man es versteckt, indem man vorgibt, einen

neutralen Staat

schaffen zu wollen. Es ist eine gefährliche Illusion, wenn selbst deutschgesinnte Rheinländer glauben, durch Unterstützung dieses Planes ihrer Heimat zu dienen. (Sehr richtig!) Die Loslösung aus dem festen Gefüge des preußischen Staates bedeutet die

Loslösung vom Reich

und würde das Rheinland zum Spielball fremder Interessen machen. (Lebhaftes Sehr wahr!) Die rheinische Bevölkerung, vor allem die Arbeiter, würden dauernd wirtschaftlichen Schaden erleiden. Viele Dinge in unserer inneren Politik gehen zwangsläufig. Die schweren Friedensbedingungen lasten ja auf uns.

Das deutsche Volk will gutmachen,

soweit es in den Grenzen der Möglichkeit liegt. Das deutsche Volk muß aber erst wieder leben. Teuerung und Elend belasten es; seine Wirtschaftskraft ist erkrankt. Mehr denn je ist heute eine geschlossene innere Front am Platze. Der Gemeinschaftsgedanke muß mehr lebendig werden im Volke. Diese Gemeinschaft leidet, solange noch einzelne Verblendete auf Rache, Mord und Meuchelmord sinnen, wenn Kreise glauben, die Konjunktur zu Riesengewinnen ausnutzen zu können. (Andauernde Zurufe und Unterbrechungen bei den Kommunisten.) Nur wenn wir zusammenstehen, werden wir über die Schwere der Zeit hinwegkommen. Der Rhein ist deutsch und soll es bleiben. (Lärm bei den Kommunisten. Langanhaltender Beifall bei den übrigen Parteien.)

Ein kommunistischer Antrag, in eine Besprechung einzutreten, wird gegen die Antragsteller abgelehnt.

Es folgt nun die gemeinsame Beratung der neuen großen Anfragen über die Zustände im besetzten Gebiet.

Abg. Dankier (D. Vp.) begründet die von der Deutschen Volkspartei im Verein mit den Demokraten und Sozialdemokraten am 26. Mai eingebrachte große Anfrage, die von der Staatsregierung verlangt, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß das Reich die ganze Wirtschaftsbeihilfe (Besatzungszulage) an Gemeindebeamten, Angestellten, Volksschullehrer und Arbeitern übernimmt und daß bis dahin die fehlenden 20 Proz. aus der Staatskasse gezahlt werden.

Genossin Frau Schiffgens-Köln spricht zu der in der Presse bereits bekanntgegebenen großen Anfrage unserer Genossen über die wirtschaftliche Not im besetzten Gebiet. Genossin Schiffgens verlangt möglichst rasche Erledigung und Begleichung der Ersatzansprüche bei den Personen- und Sachschäden, Hergabe größerer Mittel zur Förderung der Bauten für die Besatzungstruppen, Verbesserung der Milchwirtschaft im Regierungsbezirk Aachen und Unterbindung des Ausverkaufs durch die Ausländer. Staatsregierung und Reichsregierung — betont unsere Genossin — haben schon oft Abhilfe für das besetzte Gebiet versprochen. Aber immer wieder hören wir aus dem besetzten Gebiet dieselben Klagen und Wünsche. Es scheint also bei der Hilfe doch bloß bei Anläufen geblieben zu sein. Der Kampf zwischen der Staatsregierung und den Kommunen darf nicht auf Kosten der Gemeindebeamten und Lehrer geführt werden. Die Besatzungszulage ist als Folge des verlorenen Krieges vom Reich zu tragen. So rasch wie möglich müssen die notwendigen Auszahlungen der Zulage erfolgen. — Denn

die Teuerung im besetzten Gebiet ist enorm.

Der Zentner Kartoffeln kostet 750 bis 800 M. Die Preise für die Bekleidungs- und für die übrigen Gebrauchsgegenstände sind enorm in die Höhe gegangen. Die Fremden kaufen mit ihren Dollars, Franks und Gulden alles aus. Wir fordern von der Regierung schärfste Maßnahmen gegen den Ausverkauf. Die Ansprüche auf Entschädigung bei Personen- und Sachschäden müssen in kürzester Frist erledigt werden. Was soll es für einen Eindruck auf die Bevölkerung machen, wenn Leute, die durch die Besatzung an Leib und Eigentum geschädigt wurden, immer wieder aufs neue vertröstet werden. Da hat z. B. ein Mann im Jahre 1918 durch einen belgischen Schuß ein Bein verloren — bis heute erhielt er noch keine Rente. Das ist ein Beispiel für viele. Eine rasche und verständnisvolle Erledigung der Entschädigungsfälle liegt nicht nur im Interesse der Geschädigten, sondern auch im Interesse des Staates. Selbstverständlich müssen die zurückgewiesen werden, die in der Entschädigungsfrage lediglich den Staat und das eigene Volk plündern wollen. Der Wohnungsbau für die Besatzungstruppen muß gefördert werden; denn die Wohnungsnot und die Einquartierung macht das Leben unerträglich. Die Wohnungsnot hat stellenweise fürchterliche Formen angenommen: auf einen einzigen Raum neun Personen zusammengepfercht, die Betten tagsüber im Speicher versteckt und nachts auf dem Stubenboden aufgeschlagen. Die Milchversorgung im Bezirk Aachen ist so schlimm geworden, daß ohne die Unterstützung durch andere rheinische Großstädte nicht einmal die Säuglinge von zwei Jahren versorgt werden könnten. Gegenüber den verschiedenen Anfragen der Rechtsparteien über die Ausschreitungen der Soldateska betonen wir:

diesen Ausschreitungen steht das französische und belgische Volk ebenso fern,

wie das deutsche den Ausschreitungen der deutschen Soldateska während des Krieges fernstand. Die Deutschnationalen mögen bedenken, daß mit ihrer Reklame über Hindenburg der Bevölkerung am Rhein keine Erleichterung gebracht wird. Auch wir verdammen die drakonischen Maßregeln in Oberkassel. Wir wissen uns aber frei von jedem Chauvinismus. Und wenn die farbigen Truppen immer wieder Ausschreitungen sich zuschulden kommen lassen, so wollen wir deshalb keinen Rassenhaß predigen, sondern an das Gewissen Frankreichs appellieren. Zu den Loslösungsbestrebungen erklären wir, daß das ganze Rheinland von solchen Bestrebungen nichts wissen will. Wenn aber wirklich ein paar Dutzend dunkle Elemente Herrn Smeets anhängen, so sind das gewiß keine Arbeiter. Vielleicht stammen diese Leute

aus den Kreisen jener Herrschaften, die gegen die Getreideumlage und gegen das Steuerzahlen Sturm laufen.

Die Haltung der Interalliierten Rheinlandkommission im Falle Smeets ist natürlich nicht geeignet, das Zusammenleben zwischen Besatzung und Bevölkerung zu erleichtern. Trotz aller Uebergriffe der Interalliierten Kommission werden die Arbeiter am Rhein treu zu Deutschland stehen.

Abg. Krug (Ztr.) begründet dann die Anfrage über die Wirtschaftsbeihilfen für die Volksschullehrer im besetzten Gebiet und der deutschnationale Abgeordnete Dr. Doerberg spricht zu den Anfragen der Deutschnationalen über Ausschreitungen der Besatzungstruppen in Duisburg und Hamborn sowie über die Zustände im Saargebiet. Nachdem Abg. Dr. v. Campe (D. Vp.) die Vorgänge in Oberkassel behandelt hatte, führte Ministerialdirektor Dr. Lörrs zur Beantwortung der sämtlichen neuen Anfragen kurz aus: Im Sanktionsgebiet ist die Bevölkerung noch schlimmer dran als im besetzten Gebiet. Dort ist sie der Willkür der Militärbehörden ganz preisgegeben. Typisch für die dortige Rechtlosigkeit ist der Hamborner Fall, auf den ich nicht mehr weiter eingehen will. Es geschieht alles, um das schwere Los der Betroffenen zu erleichtern. Nach dem Rheinlandabkommen befinden wir uns in dem Verfahren zur Regelung der Ansprüche leider in der Minderheit. Zur Linderung der Quartierlast tun wir ebenfalls das Möglichste. Europa muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß im Rheinland heute 150 000 Mann Truppen liegen, während im Frieden die Besatzung nur 60 000 Mann betrug. Die Regierung wird immer wieder das Weltgewissen zu wecken sich bemühen und darlegen, daß solche Zustände in eine moderne Demokratie nicht hineinpassen.

Unser Genosse Kleinmeyer unterstreicht nochmals die Ausführungen der Genossin Frau Schiffgens und kommt dann besonders auf das Saargebiet zu sprechen. Das Saargebiet — so hebt unser Genosse hervor — ist das traurigste Kapitel der westlichen Besetzung. Zielbewußt wird

die wirtschaftliche und politische Durchdringung des Landes

von den Franzosen betrieben. Das Deutschtum im Saargebiet braucht moralische und wirtschaftliche Unterstützung. Leider finden sich auch im Saargebiet Elemente, in denen der deutsche Gedanke nicht so lebendig ist, wie wir das wünschen.

Die Landwirtschaft z. B. verlangt die Frankenwährung

(Hört, hört, links). Trotz aller Widerstände und Drangsalierungen von oben, trotz verschiedener schwachmütiger Seelen im Innern — der Rhein und das Saargebiet sind deutsch und werden deutsch bleiben.

Nachdem der Zentrumsmann Dr. Schwering über die schwache Besetzung des Hauses geklagt und auf den schlechten Eindruck dieser schwachen Besetzung hingewiesen hatte, vertagte sich das Haus auf Dienstag, 12 Uhr. Tagesordnung: Fall Stubenrauch, Beamtenbesoldung. — Schluß nach 5 Uhr.

Wetter bis Mittwoch mittag. Vielfach heiter, im östlichen Küstengebiet teilweise stärker bewölkt, sehr kühl, meist trocken bei schwachen, vorherrschend nördlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Frauenarbeitsgemeinschaft. „Das Wesen des Volksstaates" (Verfassung). Ref. Genossin Klara Bohm-Schuch und Genossin Lodenhagen, Donnerstag, den 26. Oktober, pünktlich 7½ Uhr, im Wartezimmer der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre. (Rückscheine lösen.)

121. Abt. Mahlsdorf. Dienstag, den 24. Oktober, 8 Uhr, öffentliche Versammlung bei Enders, Bahnhofstraße. Thema: „Das Reichsmietengesetz". Ref. Genosse Robert Winter.

2., 17., 20. Kreis. Der 2. Abend der Vortragsreihe Hirsch „Kommunalpolitische Probleme" findet am Dienstag, den 31. Oktober, abends 7 Uhr, im Erfrischungsraum der Schule Grünthaler Straße 5 statt.

4. Verwaltungsbezirk. 11., 12., 13. und 14. Distrikt. Der Kursus des Genossen Rauch beginnt Mittwoch, den 25. d. M., 7 Uhr, Danziger Str. 64, vorn 1 Treppe, Zimmer 9. Thema: „Die Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus". Teilnehmer können sich am Zimmereingang noch melden.

2. Kreis, Tiergarten. Die für Dienstag bestimmte Zusammenkunft der Funktionäre der „Freien Schulgemeinde" findet umständehalber erst am Mittwoch abends 7 Uhr bei Joseph, Wilhelmshavener Str. 48, part. — Dienstag 7½ Uhr Sitzung der Abteilungs- und Kreiskassierer bei Triemper, Flensburger Str. 8.

7. Kreis, Charlottenburg. Heute, Dienstag abend, pünktlich 7½ Uhr, im Schiller-Realgymnasium, Schillerstr. 28, Lehrkursus der sog. Elternbeiräte Charlottenburgs. Vortragender: Stadtschulrat Dr. [illegible]. Thema: „Die rechtlichen Grundlagen der Gemeindeschulen und der kommenden höheren Schulen".

8. Kreis, Kreuzberg. Mittwoch, den 25. d. M., 7½ Uhr, Elternversammlung in der Turnhalle der 30. Gemeindeschule, Wrangelstr. 128. Thema: „Wie sorgen wir für sanitäre und sexuelle Aufklärung unserer Kinder?" Ref. Gen. Dr. Karsen.

4. Verwaltungsbezirk. Elternbeiräte und soz. Lehrer! Donnerstag, den 26. d. M., 7 Uhr, Versammlung im Physiksaal der Schule Senefelderstraße 6. Thema: „Stellungnahme zur Errichtung weltlicher Schulen".

9. Kreis. Wilmersdorf. Die Vortragsreihe „Die Argumente gegen den Sozialismus und ihre Widerlegung" beginnt nicht am Donnerstag, sondern Freitag, den 27. d. M., 8 Uhr, in der Oberrealschule am Seepark.

Heute, Dienstag, den 24. Oktober:

14. Abt. 7½ Uhr Sitzung der Bezirksführer und Kassierer bei Ostwald, Puttbuser Str. 31. Materialausgabe.

21. und 22. Abt. 7 Uhr Versammlung der Anhänger der weltlichen Schule in der Aula der 278. Gemeindeschule, [illegible], Ecke Malplaquetstraße. Berichterstattung über „Die Lage im Kampf um die weltliche Schule". Ref. Gen. Kreuziger.

80. Abt. Schöneberg. 7½ Uhr gemeinsame Mitgliederversammlung im Helmholtz-Gymnasium, [illegible]. Thema: „Unsere Wirtschaftspolitik". Ref. Gen. Kurt [illegible].

18. Verwaltungsbezirk. Weißensee. Vereinigte Bildungskommission der SPD. und früheren USPD. Dienstag abend 6½ Uhr Sitzung im Realgymnasium.

Jungsozialisten. Gruppe Lichtenberg. 7½ Uhr im Jugendheim, Parkaue 10. 1. Fortsetzung der Mitgliederversammlung. 2. Vortrag: „Arbeitsrecht". Ref. O. Lamm.

Morgen, Mittwoch, den 25. Oktober:

6. Abt. Außerordentlich wichtige Zahlabende 7½ Uhr in den bekannten Lokalen.

7. Abt. 7½ Uhr Zahlabende in folgenden Lokalen: Bezirke 158 und 164 bei Döll, Bergstr. 71; Bezirke 157, 159 und 167 bei Rube, Strelitzer Str. 56; Bezirke 168 bis 170 bei Dohms, Schlegelstr. 4; Bezirke 166a und b bei [illegible], Pflugstr. 1; Bezirk 175 bei [illegible], Bonenstr. 19.

8. Abt. (6. Distrikt). 7½ Uhr gemeinsame Diskussions- und Zahlabende: Bezirke 727 bis 732 bei Kämmerer, [illegible]-, Ecke Birkenstraße; Bezirke 733 bis 735 bei Feder, Stephanstr. 11; Bezirke 736 bis 739 bei Hufenbach, Perleberger Straße 64.

10. Abt. 7½ Uhr Diskussions- und Zahlabende in folgenden Lokalen: Hansaviertel: Krämper, Flensburger Str. 8; [illegible] Moabit [illegible].

11. Abt. 7½ Uhr bei Kaiser, Gotzkowskystr. 34, wichtige Funktionärsitzung.

14. Abt. 7 Uhr Zahlabende in folgenden Lokalen: Grünthaler Str. 5, [illegible] Str. 15, Putbuser Str. 14, 24 und 49, Lortzingstr. 20, Gleimstr. 62, Rügener Str. 19.

21. Abt. 7½ Uhr Zahlabende 746 und 747 bei Scherbel, Antonstr. 3; 782 bei Krill, [illegible] Str. 21; 775 [illegible] Str. 11; 778/80 bei Marzahn, [illegible] Str. 10; 789 bei Böhme, [illegible]str. 16; 790 bei Hofmann, [illegible]str. 86; 791/92, 795/97 bei Fuchs, [illegible]str. 6; 793/94 bei [illegible], [illegible]str. 12; 795 Antonstr. 15. Referenten: [illegible], [illegible], [illegible], Klinge, Kammer und Liebenoft.

22. Abt. 7½ Uhr Sitzung sämtlicher Parteifunktionäre und Hauskassierer bei [illegible], [illegible] Str. 48.

24. Abt. 7½ Uhr Zahlabende: Gruppe 1 bei Schmidt, Marienburger Str. 48; Gruppe 1a bei [illegible], [illegible]str. 25; Gruppe 2 bei Winzer, Christburger Str. 8; Gruppe 3 bei Schütz, Zelterstr. 2.

25. Abt. Der Zahlabend fällt aus.

26. Abt. 7½ Uhr Zahlabende in folgenden Lokalen: Stadtbezirk 237 bei Voigt, [illegible] Str. 21; Stadtbezirk 238 bei Altmann, [illegible]str. 2; Stadtbezirke 239 und 241 bei [illegible], [illegible] Str. 19; Stadtbezirk 240 bei Hahn, [illegible] Str. 15; Stadtbezirk 242a bei Richter, Rathenower Str. 5; Stadtbezirke 243a und b bei Globe, Schönhauser Allee 164; Stadtbezirke 244 bis 245 bei Meyer, Oderberger Str. 32.

30. Abt. Bezirksabende 7 Uhr in folgenden Lokalen: [illegible], Pappel-Allee 80; Hoffmann, [illegible] Str. 4; [illegible], Stargarder Str. 18; Carl, [illegible] 69; [illegible], Carmen-Sylva-Str. 128; Stallmann, Dunckerstr. 27.

31. Abt. 7½ Uhr Zahlabend. Die Lokale werden den Genossen durch die Bezirksführer noch bekanntgegeben.

36. Abt. 7½ Uhr wichtige Funktionärversammlung bei Wittschuß, Petersburger Str. 5.

37. Abt. 7½ Uhr Zahlabend in folgenden Lokalen: 1. Bezirk (Moritz und Friedrich) bei Krause, Eberstr. 6; 2. Bezirk (Friedrich und Kerlich) bei [illegible], [illegible] 10; 3. Bezirk (Neumann und Wolf) bei Linke, [illegible]straße 18; 4. Bezirk (Händler und Winkler) bei Köhler, [illegible]straße 14.

40. Abt. 7½ Uhr Zahlabend bei August Kaufner, Hagelberger Str. 20a, und Voigt, [illegible]str. 11.

43. Abt. 7½ Uhr Zahlabend in folgenden Lokalen: 123. bis 124. Bezirk bei [illegible], [illegible]str. 29; 125. Bezirk bei Schwertz, Hasenheide 62; 126. bis 127. Bezirk bei Kellermann, [illegible]str. 42; 128. Bezirk bei Kniep, Hasenheide 11; 129. Bezirk bei Schmidt, [illegible]straße; 130. Bezirk bei Menzel, [illegible] 1; 131 Bezirk bei [illegible], [illegible]str. 49; 132. Bezirk bei [illegible], [illegible] 75; 133. Bezirk bei Rode, Dieffenbachstr. 58; 134. Bezirk bei Wolf, [illegible]str. 26; 135./136. Bezirk bei Bugl, Boppstr. 6; 137./138. Bezirk bei Schiller, [illegible]str. 2.

46. Abt. 7 Uhr Sitzung der prov. Abteilungs-, Bezirkskassierer und Funktionäre bei [illegible], [illegible] Str. 38.

47. Abt. Pünktlich 6 Uhr wichtige Abteilungsvorstandssitzung bei Str., [illegible]straße 9. — 7½ Uhr Diskussions- und Zahlabende: Bezirke 83/86 bei [illegible], [illegible]str. 19; Bezirk 87 bei [illegible], [illegible]str. 9; Bezirk 88 bei [illegible], [illegible] Str. 36; Bezirke 89/100 bei Krause, [illegible] 22; Bezirke 101/103 bei Jahn, [illegible]str. 29; Bezirke 106 bis 105 bei [illegible], [illegible] Str. 1. Die Bezirksführer werden gebeten, einzuladen.

Charlottenburg. 51. Abt. 7½ Uhr im Saale des Bau- und Sparvereins, Königin-Elisabeth-Str. 4 (Eingang Restaurant Schellbach), gemeinsame Mitgliederversammlung der Vereinigten Sozialdemokratie. Thema: „Was bringt uns der Zusammenschluß?" Ref. Gen. Viktor Schiff. — 54. Abt. 7½ Uhr Zahlabend in nachstehenden Lokalen mit der Tagesordnung: Vortrag und Parteiangelegenheiten: 5. Gruppe Lokal Bühnemann, Holmboldtstraße 39; 6. Gruppe Lokal [illegible], [illegible]str. 7; 7. Gruppe Lokal [illegible], Charlottenburger Ufer 5. — 56. Abt. 7½ Uhr Zahlabend der 8. u. 9. Gruppe bei Reimer, Wilmersdorfer Str. 71. — 57. Abt. 7½ Uhr Zahlabend: 1. Gruppe bei [illegible], [illegible]str. 31; 2. Gruppe bei [illegible], Knesebeckstr. 2.

62. Abt. Spandau. 7½ Uhr Zahlabende: 1. Bezirk bei Hack, Straßenpich(?) 18. Thema: „Unsere Wirtschaftspolitik". Ref. Gen. Kurt Siebmann; 3. Bezirk im „Kürfischen Zelt", Wilhelm-, Ecke Bismarckstraße. Thema: „Das Reichsmietengesetz". Ref. Gen. Felsenthal.

68. Abt. Halensee. 7½ Uhr außerordentliche gemeinsame Mitgliederversammlung bei Genamann, Westfälische Str. 42.

71. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr bei Zanoch, Durlacher Str. 8, Versammlung sämtlicher Funktionäre der Vereinigten sozialdemokratischen Partei. Erscheinen Pflicht.

Schöneberg. 77. Abt. 8 Uhr Mitgliederversammlung in der Gemeinde-Schule, [illegible]str. 11. Ref. Gen. Joachim. Thema: „Die Aufgaben der vereinigten Partei". — 78. und 79. Abt. 8 Uhr gemeinsame Mitgliederversammlung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei in der Schulaula, [illegible]str. 87. Ref. Gen. [illegible]. Thema: „Entwicklung und Aufgaben der deutschen Gewerkschaften". Die Bezirksführer und Funktionäre der früheren USPD. laden dazu ein. — 6½ Uhr im selben Lokale Vorbesprechung.

82. Abt. Steglitz. Bildungsausschuß: 7 Uhr bei Thiel, [illegible]-, Ecke Ringstraße. Ausgabe der Karten für die Festkonzerte und den [illegible]-Abend in Steglitz am 4. November (Preis 15 Mark). — Danach 7½ Uhr wichtige Sitzung des Abteilungsbildungsausschusses. Erscheinen Pflicht.

Ortsgruppe Steglitz. Achtung, frühere USPD.-Genossen! 7½ Uhr in der Gemeindeschule 1, Ringstraße, Mitgliederversammlung. Die Bezirksführer werden gebeten, einzuladen.

Neukölln. 91. Abt. 7½ Uhr gemeinsame Mitgliederversammlung im Karlsgarten, Karlsgartenstraße. Thema: „Was bedeutet die Einigung für die Arbeiterschaft?" Ref. Gen. Schring(?). — 96. Abt. 7½ Uhr Konferenz der gesamten Funktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Geiger, Lessingstraße 3. Wichtige Tagesordnung.

104. Abt. Niederschöneweide. 7½ Uhr Knabenschule Rudower Straße, Verhandlung mit sämtlichen Funktionären. Tagesordnung: „Vorbereitung der Wahlen zum neuen Vorstand".

105. Abt. Oberschöneweide(?). 7½ Uhr Funktionärversammlung im Zeichensaale der Schule [illegible]str. 11.

108. Abt. Köpenick. 7½ Uhr in der Aula der Körner-Schule, Lindenstraße, gemeinsame Mitgliederversammlung der Vereinigten Sozialdemokratie. Thema: „Die Aufgaben der geeinten Sozialdemokratie". Ref. Abg. Otto Meier, M. d. R.

141. Abt. Rosenthal. 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Schillerstraße. Thema: „Was bedeutet die Einigung für die Arbeiterklasse".

Kommunalbeamten. Nachmittags 4 Uhr Konferenz sämtlicher Funktionäre der Beamten und Angestellten, die der USPD. angehören, bei Haverland, Neue Friedrichstr. 35. Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Not der deutschen Beamten und die Beamten". Ref. Redakteur A. Stein. Freie Aussprache. Organisationsfragen.

Frauenveranstaltungen am Mittwoch, den 25. Oktober:

[illegible] und 41. Abt. 7½ Uhr bei Voigt, Drellbandstr. 11, Bunter Abend. Gäste willkommen.

Arbeiter-Sport

Der Sport der Frau.

Es ist ganz bezeichnend, daß man boxende oder ringende Frauen nur dort findet, wo die Sensation zu Hause ist: im Varieté. Der Sport spricht Frauen die Berechtigung für diese Sportdisziplin ab. Teils weil es die Aesthetik des Sports verbietet, mehr aber noch, weil schwere sportliche Betätigung die Gesundheit der Frau gefährdet. Der Sport dekretiert: die Frau soll nur jenen Sport betreiben, der ihrer natürlichen Anmut keinen Abbruch tut und den weiblichen Organismus, der zumeist starken Beanspruchungen nicht gewachsen ist, nicht schädigt. Was immer die Frau als Sport betreiben mag, sie muß die Grundregel nicht aus den Augen verlieren: der gewählte Sportzweig muß gewissenhaft ausgeübt werden, er darf nie zur Entartung führen und muß Freude und Befriedigung bringen über sportlich erzielte Leistungen. Kein Gebiet des Sports eignet sich darum für den Frauensport besser als die Leichtathletik.

Die Leichtathletik beginnt mit dem — Gehen. Sportmäßiges Gehen ist nicht nur nicht leicht; es ist sogar sehr anstrengend! Die Ferse des ausschreitenden Fußes berührt immer früher den Boden, bevor ihn die Zehe des rückwärtigen Fußes verlassen hat. Dabei bleibt das Knie gestreckt und die Arme unterstützen durch Schwingen die Arbeit der Beine. Die Frau, die sportmäßig gehen gelernt hat, wird die radikalste Feindin des hohen Absatzschuhes sein, ein gesundheitlicher Vorteil, der für das gesamte Frauengeschlecht nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Vom Gehen geht man zum Laufen, vom Laufen zum Springen, vom Springen zum Werfen über, und erst so vorgebildet, kann sich die Frau sportlich spezialisieren. Im Schwimmen, Rudern, Tennisspielen, Fechten, Wintersport usw. Leichtathletik! Für die Frau hat dieser Name den Klang einer besten Freundin. Die Natur selbst ist der Sportplatz der Leichtathletik. Sonne, frische Luft, grüner oder weißer Rasen! Für das Training der Leichtathletik ist nichts erforderlich als normaler Wuchs, gesunde Konstitution und ein geschulter Lehrer. Schule braucht die Leichtathletik. Denn es sollen nicht nur Uebungen produziert werden, es sollen vielmehr durch ein sportliches System der Gesamtkörper und die Einzelpartie leistungsfähig gemacht werden, Muskeln und Sehnen gestärkt und durch rationell betriebene Sportarbeit Herz und Lunge widerstandsfähig gemacht werden. Hautpflege und tägliche Bäder gehören zu den Vorbedingungen allgemeiner Körperabhärtung, ebenso ist regelmäßige Lebensweise und Beachtung einer bestimmten Schlafenszeit erwünscht bei Durchführung eines leichtathletischen Trainings.

Leichtathletik ist der berufenste Sportzweig für die Frau. Denn er ist der natürlichste. Alles, was die Mutter dem gesunden, normalen Kind abgeschaut hat, alles, was an Bewegung (Gehen, Laufen, Springen) dem jüngsten Menschen „natürliche Leichtathletik" ist, das setzt sich in den sportlichen Uebungen der Leichtathletik wieder in Durcharbeitung der Muskeln und in Erhöhung der Denktätigkeit um. Leichtathletik will der Frau nur die Gesundheit schützen und erhalten, so wie es die mächtigste Förderin und Stütze der Menschen, die allgütige Natur, selbst anstrebt.

Noch einmal „Kunstturnen".

Unseren Artikel über „Kunstturnen" in voriger Nummer können wir heute noch wesentlich ergänzen. Die Berliner Filiale der Bundesschule, die bisher nur die Ausbildung von Turnerinnen auf dem Programm hatte, richtet nun auch Musterklassen für männliche Jugendliche ein, und zwar eine im Norden, Rheinsberger Str. 4, um deine im Süden, Bouchéstr. 75. Jede Woche wird an einem Abend von 7 bis 9 Uhr geübt. Diese Musterklassen können, wenn sie von tüchtigen Fachleuten geleitet werden, zur Ausbildung von Vorturnern und Turnwarten ganz wesentlich beitragen. Auch das Verzeichnis der Gerätewettkämpfe kann noch wesentlich erweitert werden. Zu erwähnen sind zunächst die Hallen-Wetturnen des 1. Kreises, die am 18. Februar 1923 in allen Bezirken getrennt abgehalten werden, um eine möglichst große Beteiligung zu ermöglichen. Zur Teilnahme sind zugelassen: Männer, Turnerinnen, Jugendliche, die an Reck, Barren und Pferd in Ober- und Mittelstufe in Wettbewerb treten. Die vorgeschriebenen Uebungen sind in Nr. 42 des „Arbeiter-Sport" veröffentlicht. Die besten Kräfte können die Kreismeisterschaft erwerben, die Kreise werden dann später in Wettbewerb um die Bundesmeisterschaft treten. — Das Kinderturnen soll ebenfalls noch mehr als bisher gefördert werden. Kom Kreiskinderturnwart ist eine Ausbildungsstunde für Kinderturnwarte zum 5. November in der Turnhalle Rütlistraße in Neukölln einberufen, zu der einer der Bundesturnwarte erscheinen wird. Am gleichen Tage veranstaltet der 4. Bezirk ein Kinderwetturnen in Steglitz. Anfang nachmittags 1 Uhr; Kampfrichtersitzung 12 Uhr. Die Wettübungen können bei E. Schmidt, Halensee, Joachim-Friedrich-Str. 24, angefordert werden. An diesem Wetturnen sollen sich die Kinderabteilungen aller Vereine zahlreich beteiligen. — Die Turnerinnen der FTGB. veranstalten im Januar 1923 ein großes Turnfest in der Turnhalle Prinzenstraße; auch die Kinder dieses Vereins werden zu einem großen Vereinswetturnen aufgerufen werden.

Fußballresultate vom Sonntag.

F.-Gesundbrunnen—Alemannia 1 : 3; F.-Gesundbrunnen 2—Alemannia 2 2 : 2; F.-Gesundbrunnen 3—Luisenmark 12 : 1; F.-Gesundbrunnen (Jugend)—Spandau (Jugend) 1 : 0; Alemannia 3—Nordiska 3 2 : 0; Neukölln-Britz—Askania 2 : 2; Neukölln-Britz 2—Askania 2 4 : 2; Fichte-Ost—Teutonia 10 3 : 3; Adler 12—Hansa 4 : 3; Adler 12 II—Hansa II 1 : 1; Adler 12 III—Adler 08 III 2 : 3; Adler 12 (1. Jug.)—Reinickendorf (Jug.) 5 : 1; Adler 12 (2. Jug.)—Adler 08 (2. Jug.) 2 : 1; Teutonia—Oschersleben 3 : 0; Adler 12 (2. Sch.)—Wacker 20 (1. Sch.) 6 : 2; Adler 12 (1. Sch.)—Adlershof (1. Sch.) 2 : 1.

Hockey.

Fichte-Ost 1—Lichtenberg 1 3 : 4; Charlottenburg 1—Wilmersdorf 1 3 : 0; A. S. C. 1—Moabit 1 1 : 1; A. S. C. 2—Moabit 2 3 : 2; Fichte XII 3—Fichte-Ost 2 7 : 2; Fichte XII 2—Roland 1 0 : 3; Fichte XII 1—Schönholz 0 : 0 (wegen Unfall abgebrochen).

Auf das Hallen-Turn- und Sportfest des Turn- und Sportvereins „Fichte"-Berlin, das am Sonntag, den 29. Oktober, im Sportpalast, Potsdamer Straße, stattfindet, sei hiermit noch einmal aufmerksam gemacht. Der Besuch kann der Arbeiterschaft Groß-Berlins nur empfohlen werden.

Schauschwimmen in Neukölln. Die „Freien Schwimmer" Neukölln, Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes, veranstalten am Sonnabend, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, und am Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Stadtbad Neukölln, Ganghoferstr. 3, ihr diesjähriges zweitägiges Schauschwimmen und -springen. Am Start sind Breslauer, Hamburg-Altonaer und Halenseer Schwimmerinnen und Schwimmer, außerdem die besten Vertreter der Groß-Berliner Vereine. Aus der Fülle des Programms versprechen die Stafetten, Einzelkämpfe sowie die Wasserspiele, Altona gegen Neukölln, Breslau gegen „Vorwärts"-Berlin, am Sonnabend, sowie Breslau gegen Neukölln, Altona gegen „Vorwärts"-Berlin am Sonntag äußerst spannende, scharfe Kämpfe und knappe Entscheidungen. Am Sonntag werden Frauen und Mädchen mit der Vorführung eines Dekorationsreigens Zeugnis von ihrem Können ablegen. Durch den äußerst niedrig gehaltenen Eintrittspreis, Sonnabend 20 M., Sonntag 25 M., ist jedem Sportsfreund Gelegenheit gegeben, einem der besten und vollkommensten Berliner Arbeiter-Schwimmfeste beizuwohnen. Die Nachfeier findet am Sonntag in Kliems Festsälen, Hasenheide, statt.

Generalversammlung des Kartells für Sport und Körperpflege. Der Kartellbeitrag wurde auf 1 M. pro Mitglied über 17 Jahre und Monat ab 1. Oktober erhöht, um die Anstellung des Kartellvorsitzenden beibehalten zu können. Ob dieser Beschluß durchführbar ist, muß dahingestellt bleiben, da nicht einmal der bisherige Beitrag von 10 Pf. von allen Vereinen bezahlt wurde. Das Kartell hat bisher wenig positive Arbeit geleistet, der Geschäftsführende Ausschuß ist fast ganz einseitig (kommunistisch) zusammengesetzt. — Zum Punkt Jugendamt wurde gegen 21 Stimmen die Mitarbeit beschlossen, was eigentlich selbstverständlich ist, und über die Frage des „Hauptausschusses" ging man zur Tagesordnung über. Betreffs der Zeitung „Arbeitersport" wurde die Notwendigkeit der Uebergabe an den 1. Kreis begründet. Damit war die „sportliche" Tagesordnung erschöpft. — Die Versammlung hielt es dann noch für gut, sich mit der Mitwirkung des Proletarischen Gesundheitsdienstes bei der Zirkus-Busch-Aktion zu beschäftigen.

Eine Resolution verlangt die Entlassung der verhafteten Samariter und protestiert dagegen, daß der PGD. als „kommunistisch" bezeichnet wird. Tatsache ist, daß der PGD. weder von der Berliner Gewerkschaftskommission noch von der Parteiorganisation der VSPD. anerkannt wird. Aber auch der Zentralkommission für Sport und Körperpflege ist der PGD. nicht angeschlossen, ebenso wurde er nicht zum Turnfest in Leipzig zugelassen. Der Sowjetstern als Abzeichen des PGD. läßt auch auf eine kommunistische Einstellung schließen. Anerkannt ist von der Zentralkommission, den Gewerkschaften und der Partei nur der Arbeiter-Samariterbund, und diese Stellungnahme der Zentralen muß auch für die Berliner Sportler maßgebend sein.

Ueber obige Versammlung hat die „Rote Fahne" einen tendenziösen Bericht veröffentlicht, gegen den sich die Einsendung eines Mitgliedes vom Geschäftsführenden Ausschuß des Kartellverbandes wendet. Es ist zwecklos, gegen die „Rote Fahne" zu polemisieren, die lediglich das Ziel verfolgt, für die „Dritte Sportinternationale" den Boden zu bereiten und die Arbeitersportler deshalb fortgesetzt gegeneinanderhetzt. Wir stimmen dem Einsender aber darin zu, daß die „andersdenkenden" Arbeitersportler mehr aus ihrer Reserve heraustreten sollten, solange es noch Zeit ist. Vorsicht ist besser wie Nachsicht!

5. Kartellbezirk. (Friedrichshain.) Montag, den 30. Oktober, 7 Uhr, bei Hoffmann, Gubener Straße 5, Kartellversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur beabsichtigten Gründung eines Bezirksausschusses. Wahl einer Bezirksleitung. Verschiedenes.

Berliner Schwimm-Union 1913. Am Donnerstag, den 26. Oktober, pünktlich abends 8 Uhr, im Vereinslokal von Lorne, SO. 16, Michaelkirchstraße 28, außerordentliche Vierteljahrsversammlung. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder über 17 Jahre ist unbedingt Pflicht. Die Uebungsstunden sind jetzt für sämtliche Abteilungen reserviert jeden Dienstag von ½7 bis ½9 Uhr in der Schwimmhalle Bärwaldstraße, jeden Freitag von ½7 bis ½10 Uhr im Stadtbad Friedrichshain (An der Schillingsbrücke).

Sportverein Moabit: Leichtathletik-, Hockey-, Männer-, Frauen-, Jugendabteilung, jeden Montag, Dienstag, Freitag von 8—10 Uhr Turnhalle Rostocker Straße. Schülerabteilung jeden Dienstag und Freitag von 6 bis 8 Uhr ebenda. Am Sonnabend, den 28. Oktober, findet ein Bunter Abend des Vereins im „Kreuz-Hof", Perleberger Straße 28, statt. Anfang 7 Uhr.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Ortsgruppe Neukölln. 25. Stiftungsfest Sonnabend, den 28. Oktober, Orpheum, Hasenheide, Ecke Graefestraße. U. a. Auftreten der jüngsten Kunstfahrerin der Welt (3 Jahre). Lotti Knopf-nabel.

Charlottenburg. 52. Abt. 7½ Uhr bei Bade, Kaiserin-Augusta-Allee 28. Ref. Genossin Diekmann über: „Valuta und Preissschwankung". — 53. Abt. 7½ Uhr bei Kur, Ufnaustr. 1. Thema: „Preissteigerungen und Lohnzulagen. — 58. Abt. 7½ Uhr bei Stein, Bessener Str. 35. „Ernstes und Heiteres" unter Mitwirkung der Arbeiterjugend. Gäste willkommen.

68. Abt. Halensee. Der Frauenabend muß wegen der Mitgliederversammlung ausfallen und wird verlegt. Weitere Bekanntmachung folgt.

Jungsozialisten. Gruppe Neukölln und Britz. Donnerstag, den 26. d. M., 7 Uhr, im Jugendheim, Kogelstr. 13, Vortrag des Genossen Otto Lamm über „Arbeitsrecht". Gäste willkommen. — Gruppe Britz. Donnerstag, den 2. November, 7 Uhr, im Jugendheim, Chausseestr. 48, Gerhart-Hauptmann-Abend. Dazu sind alle Berliner Jungsozialistengruppen eingeladen. Mitwirkung von Jugendgenossen (Rezitationen usw.) erwünscht.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Dienstag, den 24. Oktober:

Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Köpenick. Jugendheim Grünauer Str. 5, Diskussionsabend: „Unsere Jugendschutzforderungen". — Rosenthal. Jugendheim Waldersee(?)str. 5, bei Milbrodt, Vortrag: „Alkohol und Nikotin". — Reinickendorf-Ost. Jugendheim Seebad Residenzstraße 46, Diskussionsabend: „Unsere Winterarbeit". — Steglitz. Jugendheim Albrechtstr. 46, Diskussionsabend: Die „Arbeiter-Jugend". — Südwesten. Jugendheim Lindenstr. 3, Bericht von der Generalversammlung. — Rosenthaler Vorstadt. Jugendheim in der Gemeindeschule Gipsstr. 23a, Heiterer Abend. Zum Vortrag kommen Rezitationen, Ansprache, Lieder zur Laute usw.

Sozialistische Proletarierjugend Groß-Berlin.

Die Generalversammlung findet heute abend in der Aula der Schule Weinmeisterstraße 15—16, statt.

Gesundbrunnen. Jugendheim Gotenburger Str. 3, Vortrag: „Buchdrucktechnik.

Sport.

Rennen zu Karlshorst am Montag, den 23. Oktober.

1. Rennen. 1. Narr (Mate), 2. Reichsgräfin (Mülchen), 3 Laubfrosch (Nerbel). Toto: 48 : 10, Platz: 19, 20, 18 : 10. Ferner liefen: Gallipoli II, Tato, Katzenjammer, Krickente, Münze, Rolgold, Rheingau, Komponist, Rubin.

2. Rennen. 1. Ebrit (Einsinger), 2. Raugraf II (Aufsel). Toto: 45 : 10, Platz: 18, 14 : 10. Ferner liefen: Kirsche, Credo, Phyllis.

3. Rennen. 1. Haima (M. Schmidt), 2. Friedrichsdor (Olejnik), 3. Denkstein (Bolger). Toto: 68 : 10, Platz: 24, 16, 21 : 10. Ferner liefen: Melinit, Faun, Cham dich, Taugenichts, Spökenkieker, Alsterlose, Tango, Miwenhof, Hände hoch.

4. Rennen. 1. Wind (Hr. Schlutius), 2. Veleius (v. Mohner), 3. Fregatte (Hr. Beck). Toto: 22 : 10, Platz: 13, 19 : 10. Ferner liefen: Meduse, Bouis, Schmuck II.

5. Rennen. 1. Georg (Bär), 2. Bad (Mate), 3. Innocenz (Kukulies). Toto: 214 : 10, Platz: 33, 15, 24 : 10. Ferner liefen: Madonna, Hörselberg, Tristan, Ganymed, Credo, Fantalhea, Alerina, Bresa, Marid, Rosperga, Mime.

6. Rennen. 1. Lorbas (v. Herder), 2. Glatteis (Gr. Borcke), 3. Spreewald (K. v. Westernhagen). Toto: 27 : 10, Platz: 12, 11 : 10. Ferner liefen: Raufbold, Wetterscheide, Tavalyi.

7. Rennen. 1. Sinnig (Meja), 2. Opere velem (Schneider), 3. Savoyard (Schulz). Toto: 60 : 10, Platz: 20, 16 : 10. Ferner liefen: Orlanna, Malacura, Fantasee.

8. Rennen. 1. Thor (Olejnik), 2. Ulan II (Senkpeil), 3. Minor (K. Schulz). Toto: 32 : 10, Platz: 15, 21, 49 : 10. Ferner liefen: Tannkönig, Halunke, Tanz, Mercedes, Willa, Döberitz, Biedermann II, Sage.

Wollen Sie Ihre Hühneraugen, Ihre Hornhaut oder Ihre Schwielen wirklich schnell und sicher, dabei aber absolut schmerz- und gefahrlos beseitigen, dann kaufen Sie in der nächsten besseren Drogerie oder Apotheke, das in vielen Millionen Fällen bewährte, ärztlich empfohlene Kukirol. Eine Schachtel kostet nur 50 Papiermark. Lassen Sie sich aber nichts anderes als „auch sehr gut" aufreden, denn es gibt nichts ebenso Gutes oder Besseres. Bekommen Sie das millionenfach bewährte Kukirol in einem Geschäft nicht, dann gehen Sie in das nächste.

Fußpflege, Fußpflege

das ist, was heute jedem Menschen not tut. Das dauernde Gehen und Stehen nimmt die Füße furchtbar mit. Kaufen Sie sich deshalb noch heute in der nächsten Apotheke oder Drogerie ein Paket Kukirol-Fußbad für 50 Papiermark. Das Kukirol-Fußbad reinigt die Füße gut, macht die Haut weich und geschmeidig, beseitigt das lästige Brennen der Füße und verhütet Fußschweiß und Wundlaufen. Bestellen Sie noch heute die äußerst wichtige und interessante Broschüre „Die richtige Fußpflege". Die Zusendung erfolgt kostenlos und portofrei.

Beachten Sie bitte unser großes Preisausschreiben, bei welchem 60 000 M. in bar für die besten Hühneraugen-Witze zur Verteilung kommen. Die Bedingungen hängen in den Schaufenstern aller größeren Drogerien aus. Sie können diese auch durch uns direkt erhalten. Anforderung durch Postkarte genügt.

Kukirol-Fabrik Groß-Salze 90 bei Magdeburg

Am Freitag, den 20. Oktober, verstarb plötzlich am Herzschlag unser Mitglied

Dr. Alfred Bernstein.

Die Arbeiterschaft verliert in ihm einen hilfs- und opferbereiten treuen Freund, dessen Leben mit der Sache des Proletariats unlöslich verbunden war.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 25. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Krematorium, Berlin N, Gerichtstraße, statt. 2554b

Geschäftskommission der F.A.U.D. (Syndikalisten).
Arbeiterbörse Groß-Berlin (Syndik.)
Freie Vereinigung der Kopfarbeiter Berlins und Umgegend.

Verein Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer

Donnerstag, 26. Okt., nachm. 5½ Uhr, im großen Saal der Bockbrauerei, Fidicinstr. 2/3:

Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Anträge der Arbeitslosen. 2. Festsetzung der Beiträge. 3. Antrag auf Ausschluß von zwei Mitgliedern.

Zu dieser Versammlung haben außer den Delegierten die Vertrauensleute und Druckereikassierer Zutritt. — Ohne Legitimation kein Einlaß. 35/17

Der Gauvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telephon: Amt Norden 923, 924, 930, 936.

Achtung! Funktionäre. Achtung!

Dienstag, 24. Oktober, abends 6 Uhr, in der Schultheiß-Brauerei, Hasenheide:

Versammlung

aller Funktionäre aus den Betrieben, welche dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossen sind und Mitglied einer zum Metallkartell gehörenden Organisation sind.

Tagesordnung: Stellungnahme zur letzten Lohnvereinbarung mit dem VBMJ.

Zutritt haben nur Kolleginnen und Kollegen, welche sich durch ihr Mitgliedsbuch und der mit dem Stempel VBMJ. versehenen Funktionärkarte ausweisen können.

Das Metallkartell.
J. A.: Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Achtung! Funktionäre. Achtung!

Dienstag, den 24. Oktbr., abds. 6 Uhr, in der Schulaula, Koppenplatz 12:

Gemeinsame Versammlung

der Funktionäre, die nicht in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller beschäft. sind.

Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung mit dem VBMJ.

Zutritt nur gegen Vorzeigung der Funktionärkarte und des Mitgliedsbuches.

Mittwoch, den 25. Oktober, nachmittags 5 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18 (Sängersaal):

Versammlung

aller Kolleginnen und Kollegen, die in der Galvanik beschäftigt sind.

Tagesordnung: 1. Die Situation im Galvaniseurberuf. 2. Diskussion.

Das Erscheinen aller ist Pflicht. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Weißmetall. Achtung!

Mittwoch, 25. Oktober, abds. 6 Uhr, im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147

Versammlung

aller Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben der Weißmetall-Industrie, deren Inhaber nicht Mitglieder des VBMJ. sind.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Lohnverhandlung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Kunstgewerbe. Achtung!

Donnerstag, 26. Oktober nachmittags 5 Uhr, im „Reichenberger Hof", Reichenberger Straße 147:

Versammlung

aller Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben des Berliner Kunstgewerbes.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Lohnverhandlung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Orthopädische Gruppe.

Donnerstag, den 26. Oktober, abends 6 Uhr, in der Brauerei Böhow, Prenzlauer Allee (kleiner Saal)

Versammlung

der orthopädischen Gruppe.

Ohne Verbandsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 26. Oktober, nachmittags 4½ Uhr, in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße.

Branchenversammlung

der Zigarettenmaschinenführer und Betriebshandwerker.

Tagesordnung: 1. Bericht. 2. Branchen- und Betriebsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend erforderlich.

Achtung! Achtung!

Die Zeitungs-Ausgabestelle Hammel, Sophienstraße 5, ist hiermit aufgehoben. An deren Stelle tritt Restaurant Klement, Sophienstr. 6.

Achtung! Gelbmetall. Achtung!

Die Sitzung der Branchenkommissionsmitglieder der Gelbmetallindustrie findet in diesem Monat nicht statt.

28/11 **Die Ortsverwaltung.**

Zähne von **60** M. an; nur erstkl. Ausführ. Teilzahl. Spez.: Zähne ohne Gaumenplatte. **Kommel** Linienstr. 226, nahe Schönh. Tor. 9–7, Sonntag 10–12

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus 6 Uhr **Siegfried**

Schauspielhaus 7½ Uhr: **Peer Gynt**

Deutsch. Theat. 2301—2400 1. Abonnem.-Vorst. 7½ Uhr: Der Bund der Jugend. Mittw. 7½: Tänze Niddy Impekoven. 2401—2500 2. Abonnem.-Vorst. 7½ Der Bund der Jugend

Kammerspiele Das Glas Wasser. Mittw. 7 U. z. 1. Male: Timotheus in Flagranti

Gr. Schauspielh. (Karlstraße) 7½ U. Der Widerspenstig. Zähmung. Kloepfer, Bergner, Graetz. Mi. 7½: Der Widerspenstigen Zähmung. Kloepfer, Bergner, Graetz. Sonntag, d. 29. Okt., 2½ U.: Danton

Theater i. d. Königgrätz. Str. 8 U.: Jüdin v. Toledo (Straub, Deutsch, [illegible]) Mi.: Jüdin v. Toledo [illegible]

Komödienhaus 8: Nanne im Korb [illegible]

Berliner Th. 7.15: Madame Pompadour. Fritzi Massary a. G., Roberts, [illegible]

Volksbühne 7½ Uhr: **Verschwender**

Lessing-Th. Heute bis Donn. 7½: **Vater u. Sohn**. Freitag 7: Faust

Deut. Künstler-Th. Heute u. morgen 7½: Käthe Dorsch in: **Madame Sans-Gêne**. Donnerst. 7 U. z. 1. M.: Käthe Dorsch in: Liebelei. Die Lore

Residenz-Th. Täglich 8 Uhr: Lady **Windermeres Fächer**. Arnstädt, Sandrock, Toelle, Falkenstein

Trianon-Th. Täglich 7,8 Uhr: Erika Gläßner in **Lissi** die Kokotte. Albers, Kertner

Kleines Th. Täglich 8 Uhr **Agnes Jordan**. Irene Triesch, Olga Limburg, Eugen Burg

Scala Tägl. 8 Uhr **Internat. Varieté**

Central-Theater 7½: Kabale u. Liebe [illegible]

Deutsch. Opernhaus 7 Uhr: **Carmen**

Große Volksoper im Theat. d. Westens 7½ Uhr: D. Troubadour

Intimes Theater 8 U.: Heute nicht! Die Leiter! Frau Adas G. m. b. H.

Lustspielhaus 8 Uhr: Schule der Kokotten

Metropol-Theater 7½ U.: **New York–Berlin**

Neues Operett.-Th. 7½: Die schwarze Rose

Neues Th. am Zoo 7½ Uhr: Dorine und der Zufall. Operette v. Gilbert

Neues Volkstheater 7½ U. zum 1. Male Michael Kramer

Renaissance-Th. [illegible] 7½ U. Miß Sara Sampson

Schiller-Th. Charl. 8 U.: **Rosenmontag**

Thalia-Theater 7½ Uhr: **Prinz Don Juan**

Th. a. Nollendorfpl. 7½ U.: **Dein Mund ...**

Theater in d. Kommandantenstr. 8 U.: Die Sprache der Vögel

Wallner-Theater 8 U.: Die kleine Sünderin

Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½ U. **Bachstelzchen**

Potsdamer Str. 38, Alexand.-Pl.-Pass.: Der schwarze Stern. Turmstr. 1: Das Spielzeug einer Dirne. Friedenau, Rheinstr. 14: Praschnas Geheimnis

Komische Oper

(7½) Dir.: James Klein (7½)

Die große internationale Revue in 25 Bildern:

Europa spricht davon!!

Uebertrifft Paris und London an Pracht und Ausstattung und ist das Fabelhafteste, was auf einer Bühne gezeigt worden ist.

6 Pracht-Ballette!! 200 Mitwirkende!!

Mister Jackson v. Alhambra-Theater in London mit seinen englischen Girls

Hauptdarsteller: Margit Suchy, Rosa Felsegg, Balzer-Lichtenstein, Max Landa, Albert Kutzner, Bruno Kastner, Arnold Rieck, Misl Meretka, Else Reval, Walters, Spira, Bartels usw.

Vorverkauf ununterbrochen.

Russ.-Röm. Theater Russisch. Ballett. Reg.: Bor. Romanoff, Ballettm. des ehem. kaiserl. Theaters in Petersburg. Elena Smirnova, Primaballerina, Anatolij Obouchoff, 1. Solotänzer v. ehem. kais. russ. Theater. Else Krüger, Claudia Pawlowa und das Corps de Ballett. Friedrichstr. 218 (Hallesches Tor). Anfang 7½ Uhr, Ende 10¾ Uhr. Vorvkf. v. 11 Uhr ab, außerdem b. Wertheim u. anderen Vorverkaufsstellen

Walhalla-Theat. Tägl. 7½: **Die tolle Lola**. Musik von H. Hirsch. Molly Wessely, Paul Heidemann

Folies Caprice Linienstr. 132 (Oranienbg. Tor). Tägl. 7¾ Uhr: Madame Cocotte. Die Badewanne. Beethoven-Sonate. O diese Beine

Der Blaue Vogel Goltzstraße 9, Nollendorf 1613. Allabendlich 8¼ Uhr: Das neue dritte Programm. Vorverkauf an allen Theaterkassen und an der Kasse d. Theaters v. 11–2 u. ab 6 Uhr abends

Casino-Theater Nur noch bis 2. Nov. 8 Uhr: Lämmelmanns Bummelfahrt

Circus Busch Tägl. 7½, Mittw. auch 3 Uhr. Noch wenige Tage! **Die lebenden Brückenpfeiler** und die Oktober-Sensationen. Vorverk. Wertheim u. Circuskasse

[illegible] 64, 7¾ Uhr **Intern. Varieté**

Wintergarten Varieté-Spielplan. Rauchen gestattet!

Reichshallen-Th. Allabendl. 7½ Uhr, Sonntag nachm. 3½, halbe Preise. **Stettiner Säng.** Dönhoff-Brettl [illegible]

Urania Taubenstr.: 8 Uhr: Liberia — Kl. Saal 8½ U.: Mit der Kamera durch Feld, Wald und Wiesen. 8 U.: Erforschung des Weltalls. Invalidenstr.: 8 Uhr: Werden u. Vergeh. im Weltenraum

Theat. a. Kottbus. Tor Moritzplatz 16077. Jeden Abend 7½ U. und Sonntag nachm. 3 Uhr **Elite-Sänger**. Volkspreise! Vorvkf. 11–1½ u. 4–6

Metall-Ankauf [illegible] zahlt Tagespreise f. Messing, Kupfer, Blei, Zink etc.

Monatlich etwa 12 Sack je 35 kg **Hobel- u. Sägespäne** gemischt zu vergeben. Näh. Dorotheenstr. 31

„Fröbel" Oberlin-Instit. Privat-Haushaltschule [illegible], Bln. Wilhelmstr. 10. Beste Ausbildung junger Mädchen. Prospekt 2 Mark. 1961

Servus,
merke sich ein jeder,
putzt die Schuh',
erhält das Leder.

Chem. Werke Lubszynski & Co. A.-G., Berlin-Lichtenberg

Restaurant mit Grundstück

(Gartenlokal oder Saalgeschäft) sucht für Fabrikatsbetrieb **Rud. Oehlke, Berlin SO 33**, Lübbener Str. 1. Tel.: Moritzplatz 1700.

H. & P. Uder, SO 16, Engelufer 11

Zigaretten, Kau-, Rauch- und Schnupftabake [illegible]

Rennen zu Grunewald

Dienstag, d. 24. Oktbr. nachm. 12½ Uhr

Erfolg

haben **Inserate** im **Vorwärts**

Kapitän-Kautabak

ist im Geschmack unübertroffen; in Zigarrenhandlungen erhältlich. C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Alex. 3861)

Gold, Silber- u. Brillanten, Platin, alte Münzen, Uhren, Zahngebisse

■ Hohe Ankaufspreise ■

Hodam

Linkstraße 46, Ecke Potsdamer Str. und Potsdamer Platz

Jedes Wort 12 M. Das fettgedruckte Wort 14 M. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das 1. Wort (fettgedruckt) 8 M., jedes weitere Wort 6 M. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags in der Haupt-Geschäftsstelle des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Dieselbe ist wochentags von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Verkäufe

Gelegenheitskäufe in Bettwäsche (spottbillig): Bettbezüge, Linon, Damast, [illegible], Züchen, Handtücher, Wäschestoffe, Hemden, Beinkleider. Riesenauswahl. Teppiche, Gardinen, Brücken, Diwandecken, Tischdecken, fertige Betten. Keine Lombardware. Nur im Wäschehaus Leihhaus Moritzplatz 58a.

Kreuzfüchse, Pelzwaren spottbillig. Leihhaus, Reinickendorferstraße 105 (Weddingplatz).

Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzsorten, spottbillige Sommerpreise. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/204, Ecke Rosenthalerstraße.

Anzüge, Winterpaletots, Winterschlüpfer, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen enorm billige Preise, Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstr. 203/204, Ecke Rosenthalerstraße.

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 1, verkauft spottbillig erstklassige Anzüge, Schlüpfer, Kaninjacken, Sportpelze, Gehpelze, Füchse aller Art. Keine Lombardware.

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, prachtvoller Blaufuchs, Silberfuchs, Rotfüchse, außerdem elegante Kaninjacke, Sportpelz, billig verkäuflich. Bohmann, Alexandrinenstr. 44 II, Ecke Kommandantenstraße.

Teppiche, herrliche Persermuster, Diwandecken, Brücken, billige Gelegenheit. Metsche, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 5 III. 181/17*

Kreuzfüchse, Zobelfüchse, Silberfüchse, Nerzmuffe. Täglicher Riesenverkauf zu Spezialsaison-Sommerpreisen. (Keine Versatzware.) Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahnhof — Hochbahnhof).

Anzüge, Schlüpfer, Paletots spottbillig. Leihhaus, Reinickendorferstraße 105 (Weddingplatz). Keine Lombardware.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig elegante Anzüge, Schlüpfer, Paletots, Gelegenheitskäufe, Sportpelze, Gehpelze, Kaninjacken, Pelzmäntel, Füchse aller Art. Keine Lombardware.

Getragene Friedensanzüge, große Auswahl, zum Teil auf Seide, sehr billig, jede Figur passend, auf Lager. Frack-, Smokinganzüge. Schumacher, Manteuffelstraße 108 Laden. Hochbahn Oranienstr.

Staunenerregend! Kreuzfüchse, Silberfüchse, Rotfüchse, Alaskafüchse, Zobelfüchse, Opossum, Bälge, Skunks. Riesenauswahl! Fabelhaft billige Sommerpreise! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus [illegible]straße 7. Nur neue, keine Versatzwaren!

Erbliß-Roth. Künstler-Gardinen, Madras, Stores, Bettdecken, Tisch- und Chaiselonguedecken, große Auswahl, zurückgesetzte Muster, bequeme Teilzahlung. Elsasserstr. 44 I. Oranienburgertor.

Silberwölfe, Silberfüchse, Rotfüchse, Blaufüchse, Zobelfüchse, Sealmäntel, Bibermäntel außergewöhnlich billig. Riesenlager. Gelegenheiten. Sie finden, was Sie suchen, gut und billig. Bauer Bazar, Kaiser-Wilhelm-Straße 16, Alexanderplatz.

Gelegenheitskauf! Silberwolf, Kreuzfuchs, selten schön, Opossumschal, echten Skunkskragen, bildschöne Kaninjacke, Sportpelz, verkauft billig Feige, Brückenstr. 43 II (Schlesisches).

Anzüge, Schlüpfer, haltbare, solide Stoffe, teilweise wenig getragen, Cutaways, Streifhosen, Burschenanzüge zu konkurrenzlos billigen Preisen. Lagerbesuch lohnend. Monatsgarderobenhaus Weinmeisterstraße drei, 1.

Bettwäsche 5 Prozent Rabatt! Nur bis 27. Enorm günstige Gelegenheit. Bettbezüge 975.—, 1250.—, Kissen 290.—, Laken 320.— an. Inletts 1550.—. Handtücher 55.—. Wäschestoffe, Lakenstoffe, Damaste, bunte Bezüge, [illegible] fabelhaft billig, da riesige Mengen Abschlußware. Nur gute Qualitäten. Gewaltige Massenauswahl. Berliner Bettwäschefabriken, Chausseestraße achtundachtzig (gegenüber Liesenstraße); Puttkamerstraße 1, Ecke Wilhelmstraße. Größte Spezialfabriken mit Detailverkauf. Geöffnet ½9 bis 7.

Bettwäsche billig! Diese Woche wieder äußerst günstige Angebote. Bettbezüge, gute Qualität, 975.—, 1450.—, 1850.—, Bettlaken 475.—, 725.—, 975.—, Inlette 1850.— an, Hemdentuch 185.—, Louisianatuch, Pfeffbettbreite, 490.—, Ueberschlaglaken, [illegible], Wäschestoffe, Dimit, Damast, Züchen, Handtücher, nur beste Qualitäten, enorm billig! Prima reinleinene Tischtücher und Servietten. Zuvorkommende fachmännische Bedienung. Hotels, Anstalten Rabatt. Stumpe u. Jäger, Größte Bettwäsche-Spezialfabrik, [illegible] dreiundachtzig, [illegible]straße achtundachtzig, Dresdenerstraße dreiunddreißig.

Gardinenverkauf. Künstlergardinen, weiß, creme, bunt, Fenster, dreiteilig 380, 500, 690, 725 bis 1600 Mark. Stores, Bettdecken, Madrasgardinen, Gardinenstoffe, Tüll, Etamine, Leinenportieren, Zuggardinen, Tischdecken, Diwandecken usw., weit unter Ladenpreis. Windler, Wichertstr. 78 I. Kein Laden, am Ringbahnhof Schönhauser Allee. Hochbahnhof Nordring. Fahrtvergütung. 1089B*

Kinderwagen, Klappsportwagen, Kinderbettstellen, neue und gebrauchte, verkauft Schwarzmann, Kottbuser Damm 93.

Versuch macht klug! „Leihhaus" Brunnenstraße 5. Firma achten! Täglich großer Verkauf mustergültig hergestellter Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Hosen. Riesen-Auswahl. Pelzwaren: Gehpelze, Sportpelze, Kaninjacken, Sealmäntel, Kreuzfüchse usw. zu staunend billigen Preisen. Keine Lombardware.

Verkaufe Winterüberzieher, große schlanke Figur, desgleichen einen für kleine Figur, Damenhut, schw. Samt. Bachmann, Hagelbergerstr. 14, III Tr.

Möbel

Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 34. Gelegenheitskäufe in Schlafzimmern, Speisezimmern, Einzelmöbeln, neu und gebraucht. Stube und Küche, 18 Teile, 29 000.— Komplette Küchen von 3600.—. Nur solange Vorrat.

Chaiselongues, Sofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 2800, Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Chaiselongues 1800.—, Metallbetten 2800.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettstellen. Weiße, Auguststraße 25, Quergebäude.

Zahlungserleichterung im großen Möbelkeller, wenig Miete, daher preiswert. Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen, Bettstellen, Einzelmöbel. Schriftliche Garantie. Schütz, Brunnenstraße 183. Achtung, Eingang Anklamerstraße.

Möbel-[illegible], Moritzplatz 58. Fabrikgebäude. Gediegene Wohnungseinrichtungen zu denkbar niedrigsten Preisen. Riesenauswahl in Nußbaummöbeln, eichenen Schlafzimmern, Speisezimmern, Herrenzimmern, Küchen, Polstermöbeln.

Chaiselongue, Chaiselonguedecke 250.—, Auflagematratzen, wunderbare Wandbehänge. Polsterei Pappelallee 12.

Metallbetten, Küchen, auf Teilzahlung verkauft Wenger, Alte Schönhauserstraße 20.

Verkaufe Muschelbett. Palisadenstraße 18 IV, Zweifler.

Musikinstrumente

Pianos, gebrauchte, billigst. Meyer, Chausseestraße 33.

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 33.

Pianos, Flügel 30 000.— an. Rabenstein, Münzstraße 10.

Grammophone, Eichenapparate, mit 10 Platten 4000.—, neue und gebrauchte, spottbillige Gelegenheiten. Zwigers, Charlottenstraße 74/75.

Grammophone, geldeinspielend, Pietsch, Strelitzerstraße 47.

Kaufgesuche

Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Einzelmöbel, Teppiche, [illegible], Federbetten, Nachlässe, Höchstzahlender. König, Elsasserstr. 19, Norden 749.

Alte Schallplatten in großen Mengen, Kilo 300 M., kauft Ringewald, Schreinerstr. 57, Hof parterre; Joh. Großbeerenstr. 9, Laden.

Metallabfälle, Edelmetallbruch, Quecksilber, Zahngebisse, Münzen höchstzahlend. Christionat, Köpenickerstraße 20 (schräggüber Adalbertstraße).

Fahrradankauf, Linienstraße 19. [1492*

Säcke kauft Bauer, Gollnowstr. 9.

Klaviere, Flügel, Perserteppiche kauft dringend Herre, Pallasstr. 9 (Anruf: Kurfürst 9104).

Grammophonplatten, Stück 60.—, trichterlose Grammophone kauft Zwigers, Charlottenstraße 74/75.

Korbflaschen und Steinkruken kauft Germania-Versandhaus, Große Frankfurter Straße 63, Königstadt 6524.

Perser und deutsche Teppiche kauft höchstzahlend Reische, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 5, Tel. Neukölln 9123.

Schallplatten, Stück bis 150.—, Kilo 300.— zahlt grundreell Weselok, Friedrichstraße 9.

Alte Geigen, Mandolinen kauft höchstzahlend Arndt, Utrechterstraße 10.

Photoapparate kauft Rose, Gollnowstraße 16.

Feldstecher, Photoapparate kauft Wertzentrale, Oranienstraße 158, 1. Etage.

Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 1428*

Angellager, Kugeln, Magnete, Vergaser, Zündkerzen kauft höchstzahlend R. Ellis, nur Reinickendorferstraße 60, Hof parterre.

Zahngebisse, Zahn bis 2000.—! Platinbruch, Goldsachen, Silbersachen! Stanniolpapier! Quecksilber! Glühstrumpfasche bis 900.—! Zinn! Zinngeschirr! kauft Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31 (auf Hausnummer achten!).

Schallplatten vielmehr zahlt Pietsch, Strelitzerstraße 47.

Schallplatten, Schellack, Leim kauft höchstzahlend Schönhauser Allee 50, Hof 1.

Gold-, Silber-Bruch, Platin, Brillanten, ausländische Gold-, Silbermünzen, Zahngebisse, Zahn 15 bis 300 Mark, Brennstifte, Kontaktstifte, goldene Uhren, Ringe, Ketten, Quecksilber, Doublé, [illegible] kauft zum Auslandskurs Kurt Achtert, Berlin, Lothringerstraße 34.

Lah, Alexanderstraße 6a, kauft [illegible], Wäsche, Stoffe, Gardinen, Garderoben, Partiewaren.

Weinflaschen! Kaufe jeden Posten Weinflaschen, Sektflaschen, Kognakflaschen, Weißbierflaschen sowie sämtliches Altpapier, Zeitungen, Bücher, Skripturen, Akten, Hefte ab. [illegible] Blumenstraße 17. Königstadt 7068.

130 000 Mark zahlt wirklich für kreuzsaitige Pianos wegen dringenden Bedarfs Voigt, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 56. Telephon: Neukölln 9177.

Säckeeinkauf, Emballage, Garne, Krakau, Strausbergerstraße 32.

Sektkorke, Weinkorke, Staniole kauft jedes Quantum Brand, Linienstr. [illegible] Laden (Rosenthaler Tor).

Säcke, höchstzahlend! Packleinen, Garne kauft Märkische Sackhandlung, Stargarderstraße 56. Lützow 3361.

Spulendrähte, Kabel, Eisen, Motore, sämtliches Installationsmaterial kauft Hinz, Elsasser Str. 75a. Nord 4088.

Holzschrauben, Nägel kauft Eisholz, Friedrichsgracht 1.

Treibriemen, neu, gebraucht, kauft, verkauft Hempe, Grüner Weg 88.

Wir kaufen rohe Kanin zu höchsten Preisen. H. [illegible] u. Co., C. 19, Wallstr. 21/22. 1963

Geschäftsankäufe

Flüchtlinge suchen dringend Existenzgeschäfte, Grundstücke. Bogen, Chausseestraße 115, Potsdamerstraße 68. Anrufen: Norden 62. Kurfürst 3686.

Unterricht

Englisch. Harry Neumanns Winterkurse beginnen Donnerstag, 26. Oktober, Volkshochschule, Gipsstraße 23a. Anfänger 6½, Fortgeschrittene 8 Uhr. Monatlich 200 Mark im Voraus. 2541b*

Kaufmännische Privatschule Strohlendorff, Spittelmarkt, Beuthstr. 11. Buchführung, Rechnen, Schriftverkehr, Schönschreiben, Deutsch, Maschinenschreiben, Uebungsstunden, Diktatstunden, Lehrpläne unentgeltlich.

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister a. D., Berlin, Neanderstr. 3. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau. Abendlehrgänge, Tageslehrgänge.

Verschiedenes

Gewissenhafte Untersuchung. Erfahrene Hebamme Eckel, Bülowstr. 62.

Privataufnahme, Untersuchung. Hebamme Hartwig, Invalidenstr. 148.

Vertrauensvolle Auskunft, Untersuchungen, Arzt, Erfahrene Hebamme, [illegible], Lothringerstr. 34/35.

Rat umsonst, gewissenhafte Behandlung, langjährige Erfahrung, ärztlich geprüft. Frau Rammonat, Strausberger Str. 4.

132 000 Ratsuchende! Vereinigung der Rechtsfreunde, nur Friedrichstraße 127. Anerkannte Prozeßabwicklung. 9–7.

Gefunden Verloren

Gelber Schäferhund, „Turco", Marke [illegible], 15. d. M. Lichtenrader Chaussee von Auto mitgenommen. 3000 M. Belohnung; Strafantrag wird nicht gestellt. Werner, Belle-Alliancestr. 83. 2566

Geldverkehr

Sofort Geld, Ratenrückzahlung. Pägner, Große Frankfurterstr. 141.

Geld sofort, Ratenrückzahlung. Kramsch, Linienstr. 88 (Rosenthalertor).

Sofort Geld, Ratenrückzahlung. Milton, Mohstraße 12.

Geld für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände. Wolff, Friedrichstraße 41 III.

Pfandscheine, Wertgegenstände kaufen mit Rückkaufsrecht, behördlich konzessioniert. Herber u. Co., Neue Roßstr. 1.

Stellengesuche

Volkswirtschaftler und Jurist, Dr. rer. pol., sucht Stellung in Arbeiterbewegung (bei Arbeitnehmerverband, Gewerkschaft, in der Partei oder an Zeitung). Angebote unter N. 879 Ann.-Exp. [illegible], Bonn. 195/17

Stellenangebote

Für die

Automaten-Abteilung

größerer Schraubenfabrik in süddeutscher Großstadt werden mehrere tüchtige, ledige

Automaten-Einsteller

ferner **Vorarbeiter**, bzw.

Vizemeister

möglichst **ledig**, für angenehme Dauerstellung. Angeb. v. Bewerbern, die besond. tüchtig im Ein- u. Umstellen v. Schraubenautomat. sind, [illegible] haben, unter N. S. 1943 an Rudolf Mosse, Nürnberg. 46/7

Chauffeur

für Motorrad mit Beiwagen von großer Aktiengesellschaft sofort gesucht. Schriftliche Offerte mit Zeugnisabschriften und Gehaltsforderung unter **J. P. 6807** an Rudolf Mosse, Berlin SW 19.

Schlosserlehrlinge stellt ein **Turbon-Ventilatoren-Gesellschaft**, Bastianstr. 17

Grundierer

verlangt für **Neubrandenburg**. 2-Zimmer-Wohnung vorhanden. 4605 **Mecklenburgische Goldleistenfabrik**, Berlin, Görlitzer Straße 12.

Heizungsmonteure

Bezahlung über Tarif, stellt sofort für dauernd ein **Kussatz** G. m. b. H., SO 36, Forster Str. 41

Erstklassiger

Werkzeugmacher

der Sicherheit im Messen, Zeichnungen lesen u. Weiterleiten von Arbeitsstücken hat, als Kontrolleur für Werkzeug- und Vorrichtungsbau von Berliner Großfirma gesucht. Offerten erbeten unter J. H. 8282 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19.

Goldleistenfabrik sucht 48 11

Werkführer

für **Bronziererei u. Fertigmacherei.** Off. unter O. H. 921 an **Rudolf Mosse**, Wiener Str. 16.

Für ausgezeichnete Lage Süddeutschlands

tüchtiger, unverh. Mechaniker

für Dauerstellung gesucht, der später Meister werden kann. Bewerb. zu melden bei **Brinkmann, Perleberger Straße 15.**

Botenfrauen und Männer

stellt sofort ein

Dölz, Immanuelkirchstr. 24
Fischer, Bastianstr. 7
Schmidt, Bärwaldstr. 42.
Lindenstr. 3, Laden,
Hauptexpedition Vorwärts.